

Stenographisches Protokoll

über die

7. Sitzung des fünften steiermärkischen Landtages

am 10. December 1866.

Inhalt:

Petitionen.

Verhandlung über die Adresse an Se. Majestät.

1 Beilage: L. T. 3. 11.

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 10 Minuten.

Vorsitzender: Landeshauptmann Graf Gleispach.

Schriftführer: Johann Lichtenegger und Dr. Gustav Ritter von Conrad.

Von Seite der Regierung anwesend: Der k. l. Statthaltererrath Ritter von Neupauer.

Landeshauptmann: Die vorgeschriebene Anzahl von Herren Abgeordneten ist anwesend, ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet.

Der Herr Schriftführer wird das Protokoll der letzten Sitzung vorlesen. (Schriftführer Dr. Ritter von Conrad liest dasselbe. — Nach der Verlesung): Ist etwas über das Protokoll zu bemerken? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so ist es als genehmigt anzusehen.

Es wurden heute aufgelegt:

Das Protokoll der 5. Sitzung;

das stenographische Protokoll der 6. Sitzung;

ein Bericht des Landes-Ausschusses wegen Errichtung einer Ackerbauschule;

ein Bericht des Sonder-Ausschusses bezüglich des Wasserrecht-Gesetzes;

der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Glubeck auf Wiederaufnahme der Verhandlung wegen Hebung der Rindviehzucht;

ein Bericht des Landes-Ausschusses wegen des Verkaufes der Gabernigg-Realität in der Nähe von Rohitsch.

Petitionen wurden mir übergeben, und zwar:

durch den Herrn Abgeordneten Ramsauer eine Petition mehrerer Gemeinden des Bezirkes Umgebung Graz um Verfügungen in Einquartierungs-Angelegenheiten;

durch den Herrn Abgeordneten Dr. Schreiner eine Petition des Herrn Heinrich Ritter von Kalchberg, landschaftlichen Buchhalters in Pension, um die Erhöhung seiner Pension auf jährlich 2000 fl.

Der Herr Obmann zur Prüfung des Rechenschaftsberichtes ladet die Herren Mitglieder dieses Ausschusses für morgen 6 Uhr Nachmittags zu einer Sitzung ein.

Der Ausschuss für die Gemeindeordnung wird eingeladen, sich bezüglich des Antrages des Herrn Abgeordneten Wannisch heute Nachmittags 5 Uhr zu versammeln.

Der Finanz-Ausschuss versammelt sich morgen Dienstag 5 Uhr Nachmittags.

Der Petitions-Ausschuss hat, um den Herren Mitgliedern, die sich für seine Vorträge interessieren, Gelegenheit zu geben, sich früher über das, was von ihm vorgetragen wird, näher zu informieren, mir einen Ausweis der von ihm bearbeiteten Petitionen übergeben. Ich werde denselben vorlesen, damit diejenigen Herren, welche sich für das eine oder andere Stück interessieren, sich darüber nähere Daten verschaffen können (liest):

Die Petition der Vincenza Kopecky, um eine Witwen-Pension. Wird auf Abweisung angetragen.

Anna Kollegger um eine Pension und einen Unterstützungs-Beitrag. Antrag auf Bewilligung einer jährlichen Unterstützung von 36 fl.

Johanna Kohl um Erhöhung der Pension; der Antrag geht auf Abweisung.

Josef Schmidt, Schuldiener am Soanneum, um Naturalquartier u. s. w. Dem Landes-Ausschusse zur Beobachtung.

Witwe Frieß um eine Gnadengabe. Der Antrag geht auf eine Bewilligung jährlicher 200 fl. auf zwei Jahre.

Die landschaftlichen Baubeamten um Erhöhung ihres Gehaltes. Dem Landes-Ausschusse zur Prüfung der Besoldungs-Verhältnisse und zur Berichterstattung.

Anna Schrott um eine systemisirte Pension. Der Antrag ist auf Abweisung.

Die Stadtgemeinde Cilli um Abhilfe gegen die Ansiedlung der Jesuiten. Der Antrag geht bezüglich der Ansiedlung der Jesuiten auf Uebergang zur Tagesordnung, bezüglich der Verlegung des Beneficiums St. Josef auf Abtretung an die Statthalterei.

Der Studenten-Unterstützungs-Verein der Wiener Universität um eine Subvention; der Antrag geht auf Ablehnung.

Ebenso betreffend die Bitte des pensionirten Steuereinknehmers Kraus um Nachsicht des Erlasses von Grundentlastungsgeldern.

Sobald der Petitions-Ausschuß referiren wird, werden diese Gegenstände vorgetragen werden.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über. Der erste Gegenstand derselben ist der

Bericht des über das a. h. Handschreiben vom 13. October 1866 niedergesetzten Sonder-Ausschusses. *)

Ich erlaube den Herrn Berichterstatter das Wort zu ergreifen.

Berichterstatter **Dr. Moriz v. Kaiserfeld** (von der Tribüne):

Ueber den Antrag des Abgeordneten Dr. v. Neupauer, lautend: „Es werde das dem Landtage im allerhöchsten Auftrage mitgetheilte Rescript vom 13. October d. J. einem aus dem Hause zu wählenden Ausschusse von 7 Mitgliedern zur Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen“, hat der in der vierten Sitzung gewählte Sonder-Ausschuß zuerst die Frage in Erwägung gezogen: Ob das im Antrage bezeichnete allerhöchste Rescript an sich wohl Gegenstand einer weiteren Erwägung für das hohe Haus sein könne? und gefunden, daß dasselbe vom Landtage wohl ehrerbietigst zur Kenntniß zu nehmen sei, aber für sich allein den Stoff zu weiterer Berichterstattung oder Antragstellung nicht bieten könne.

Es war aber natürlich, daß das allerhöchste Rescript für den Ausschuß Veranlassung ward, die durch die Ereignisse dieses Jahres geschaffene Lage der Monarchie in den Kreis seiner Erörterungen zu ziehen. Das Ergebniß dieser Erörterungen führte zu dem Beschlusse, dem hohen Hause zu empfehlen, eine unterthänigste Adresse an Se. k. k. Majestät zu richten.

Der Entwurf dieser Adresse lautet, wie folgt (liest):

„Euerer Majestät!

„Der treu gehorsamste Landtag des Herzogthumes Steiermark hat vor einem Jahre vor Euer Majestät den schmerzlichen Gefühlen und den bangen Befürchtungen Aus-

druck gegeben, mit welchen ihn die mit dem allerhöchsten Patente vom 20. September v. J. erfolgte Sistirung des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung erfüllte.

„Schwere Mißgeschicke haben seitdem das Reich getroffen. Die düstere, in den Augen vieler hoffnungslose Lage, in welcher sich die Monarchie befindet, macht es dem Landtage mehr als je zur Pflicht, sich wieder an Euer Majestät als an die Quelle zu wenden, von welcher in diesem Augenblicke allein Hilfe, um nicht zu sagen: Rettung kommen kann.

„Der Landtag kann sich heute auf die Erfahrungen eines Jahres berufen, wenn er behauptet, daß mit der Sistirung der Verfassung der Friede zwischen den verschiedenen Volksstämmen auch dort entwich, wo er bis dahin bestand, daß mit diesem Acte das Vertrauen in die Regierung und der Glaube an eine bessere Zukunft entchwanden, und das Gefühl der Unsicherheit und der Unzufriedenheit in alle Kreise drang.

„Glaubte die Regierung, sich zu jener That trotz der leicht voranzusehenden Gefahren dennoch entschließen zu müssen, weil — wie sie sagte — das eine Verfassungsrecht im Widerspruche stand mit dem anderen, älteren, dann mußte sie — waren die Motive der Sistirung ernst gemeint, — das Verfassungsrecht Ungarns vollständig wieder herstellen und sie mußte von der Einsicht des ungarischen Landtages und von den Wirkungen des in diesem wieder geweckten Vertrauens erwarten, daß dem Reiche gegeben werde, was für den Bestand desselben unerlässlich ist.

„Die That hätte deshalb nicht aufgehört, für diejenigen eine schwere Rechtskränkung zu sein, welche die sistirten Grundgesetze als ihr unwiderrüfliches, heiliges Recht erworben hatten; aber sie hätte vielleicht doch in den Erfolgen ihre Entschuldigung finden können, so weit in der einen Hälfte der Monarchie Friede, Ordnung und wirkliche verfassungsmäßige Zustände eingekehrt wären und in so weit dies ermöglicht hätte, auch in der anderen Hälfte rasch zu gleichen Zuständen zu gelangen.

„Dadurch aber, daß man die eine Verfassung hier sistirte und die andere dort in suspenso ließ, dadurch, daß man noch im März d. J. dem ungarischen Landtage Forderungen in einer Form stellte, welche weder mit der der Regierung zu Gebote gestandenen Macht, noch mit der damaligen Lage des Reiches, noch mit dem freien landtäglichen Revisionsrechte Ungarns im Einklange stand, hat man auch in jener Hälfte der Monarchie nur Mißtrauen, Unzufriedenheit und Hoffnungslosigkeit geweckt, und dem Ausgleichswerke mit Verschwendung einer unschätzbaren Zeit Hindernisse und Schwierigkeiten bereitet, welche das gewünschte Resultat nur gefährden konnten.

„Geradezu verderblich für Reich und Krone mußte aber die Sistirung der Verfassung zu einer Zeit werden,

*) Das a. h. Handschreiben vom 13. October 1866 an den Staatsminister liegt unter L. T. 3. 11 bei.

wo die gefährvolle diplomatische Lage, in welcher Oesterreich sich befand, an seine Staatsmänner die Forderung größter Behutsamkeit stellte.

„Waren die Råthe Eurer Majestät zur Zeit des Gasteiner Vertrages schon entschlossen, im Interesse der Machtstellung Oesterreichs den Forderungen Preußens nur bis zu einer gewissen Grenze nachzugeben, sahen sie voraus — wie sie mußten — daß Italien jeden Krieg, zu welchem Oesterreich gezwungen wird, gleichzeitig zur bewaffneten Geltendmachung seiner Ansprüche auf Venedig benützen werde, mußten sie die erschöpften Hilfsmittel des Reiches und die Gefahren eines jeden Krieges für dasselbe kennen, — dann kann ein Staatsact und eine Politik nicht genug beklagt werden, durch welche die Unzufriedenheit im Inneren vermehrt, die Widerstandskraft des Reiches geschwächt und der Muth und die Angriffslust der Feinde Oesterreichs erhöht wurden.

„Der Landtag muß es mit Bedauern aussprechen: daß der unselige Doppelkrieg dieses Jahres nur möglich wurde durch den Mangel an Voraussicht und die Mißgriffe jener Staatsmänner, welche zum Unheil für Reich und Thron an der Spitze der Regierung standen.

„Dieser Krieg und der demüthigende Friede, der ihm folgte, haben Oesterreich das Opfer einer Provinz gekostet, und — was schwerer wiegt als dies — Oesterreich ward aus Deutschland, aus dem es hervorging und mit dem es durch ein Jahrtausend verbunden war, schmachvoll hinausgewiesen. (Bravo!)

„Die Gewalt ist über das Recht des deutschen Volkes hinweggeschritten. Deutschland ward zerrissen und es ist, bis es in der neuen Lage sich zurecht gefunden haben wird, von Gefahren bedroht, die wohl gehäht aber nicht ermessen werden können.

„Oesterreich aber ist durch diesen einen Schlag von seiner Machtstellung in Europa tief herabgesunken. Wird es je sich wieder zu erheben vermögen? Wird es in seinem Inneren den Schwerpunkt der Macht und europäischen Geltung wieder finden, der ihm abhanden kam, schon von dem Augenblicke an, wo ihm seine Geltung als deutsche Macht bestritten werden konnte? Wird Oesterreich ohne diesen Rückhalt seine Unabhängigkeit fremdem Ehrgeize gegenüber zu bewahren und seine Integrität sich zu erhalten vermögen?

„Das Unglück lastet schwer auf diesem Reiche.

„Was aber auch die Zukunft in ihrem Schooße tragen möge, der steierische Landtag läßt den Muth nicht sinken; ihn erhebt der Glaube an die ungebrochene Kraft des Volkes, das Bewußtsein seiner patriotischen Aufgabe und das Vertrauen, das er in die kaiserliche Macht und in den Gebrauch setzt, den Euer Majestät Weisheit von derselben machen wird. (Bravo!)

„Mit tiefster Ehrfurcht, aber auch mit aller Offenheit, welche die Treue gebietet, muß der Landtag es aussprechen, daß die Bahnen jener Politik vollständig verlassen werden müssen, welche Euer Majestät Regierung mit dem Patente vom 20. September betreten hat. (Beifall und Rufe: Sehr wahr!)

„In der constitutionellen Mitwirkung der Völker mit der Regierung, daher in der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände in jedem Theile des Reiches; in dem rückhaltslosen Aufgeben des Absolutismus und in der aufrichtigen Hingebung an das parlamentarische System in jeder Sphäre der Gesetzgebung und des staatlichen Lebens; in der Sicherung gegen noch weitere Zersplitterung durch die zu kräftigende Gesamtvertretung der Länder di sseits der Leitha; in einer vorurtheilsfreien, von Nebenzielen nicht getrübt, dem Fortschritte zugewandten und in einer solchen Politik, welche Frieden hält mit allen Mächten und nirgends Mißtrauen wachruft — ist der Weg vorgezeichnet, der gegangen werden muß. (Beifall und Rufe: Sehr wahr!)

„Euer Majestät werden diesen Weg, wie der Landtag zuversichtlich hofft, muthig betreten, und dann wird auch Oesterreich wieder sich erheben aus dem tiefen Verfall, in welchen das Mißgeschick und verhängnißvolle Mißgriffe es gestürzt haben.

„Die Lage, in welcher Oesterreich sich in diesem Augenblicke befindet, und die Gefahren, welche sich noch immer wie Gewitterwolken aufstürmen, und welche den Bestand des Reiches ebenso von außen wie von innen bedrohen, dulden aber keinen längeren Aufschub. Der Landtag kann daher nicht absehen von der Lösung der einen Frage, die allein die Lösung aller anderen in sich schließt.

„Daß über die staatsrechtlichen Verhältnisse Ungarns und des Reiches endlich v e r f a s s u n g s m ä ß i g entschieden werde, darauf vor allen Dingen möge die Aufmerksamkeit Eurer Majestät gerichtet sein. Nicht, wie diese Regelung erfolgen soll, aber daß es im höchsten Interesse der Monarchie und jedes Landes, das treu zu dieser hält, liege: daß sie schnell erfolge, das fühlt sich der treu gehorsamste Landtag gedrungen, erfurchtsvoll auszusprechen. (Rufe: Sehr wahr!) Der Streit kommt nur den äußeren Feinden Oesterreichs und den zeretzenden und deshalb so gefährlichen Elementen zu Gute, die es in seinem Innern birgt. Oesterreichs Kraft bleibt gebrochen, so lange dieser Streit nicht ausgeglichen ist, und ein wahrer Constitutionalismus kann n i r g e n d s herrschen, so lange verfassungsmäßige Zustände nicht ü b e r a l l bestehen. (Bravo!)

„Die erste Periode der verfassungsmäßigen Legislation geht in wenigen Monaten zu Ende und bald werden die

Völker die Gelegenheit haben, an der Wahl Urne zu zeigen, wohin ihre Wünsche neigen. Mit vollem Vertrauen aber werden dann Eure Majestät an Ihre Völker appelliren können, wenn das Programm, welches Allerhöchst Ihre Regierung bieten wird, den Muth und die Zuversicht derselben wieder zu heben vermag.

„Der Monarchie und Eurer Majestät in unwandelbarer Treue ergeben, wagt der Landtag des Herzogthumes Steiermark die Bitte: Eure Majestät wollen diese seine allerunterthänigste Adresse gnädigst entgegen nehmen, und dieselbe Allerhöchst Ihrer Beachtung zu würdigen geruhen.“

„Gott schütze das Reich und Eure Majestät!“ (Beifall).

Der Ausschuß erlaubt sich demnach nur zu bitten:

„Der h. Landtag wolle beschließen: Es sei die anruhende Adresse Sr. k. k. Majestät durch das Präsidium des Hauses ehrenbietigst zu unterbreiten.“

Ich habe dem nur noch beizufügen, daß der Entwurf der Adresse, welchen ich Ihnen eben vorzutragen die Ehre hatte, das Resultat eines einmütigen Beschlusses Ihres Sonder-Ausschusses ist, und daß dieser durch mich die Bitte an Sie richtet, das h. Haus möge diese Adresse mit möglichster Einmütigkeit zu seinem Beschlusse erheben. (Bravo!)

Ich behalte mir vor, diese Adresse, in so ferne es nothwendig sein sollte, am Schlusse der Generaldebatte zu vertheidigen und vielleicht zu erläutern.

Landeshauptmann: Herr Abg. Herman hat das Wort.

Abg. **Herman** (L.-B. Pettau): Meine Herren! Seit unserem letzten Zusammensein haben wir wichtige Ereignisse erlebt; allein ich kann mich dem Jammer über dieselben nicht unbedingt anschließen, denn mir sind sie ein ungehenerer Fortschritt für die Menschheit, mir haben sie das Gute, daß sie eine bessere Einsicht erzeugen müssen. Der Krieg ist ungünstig ausgefallen; wer an eine höhere Weltordnung glaubt, konnte den Ausgang des Krieges voraussehen. Der Inhalt unserer Regierungspolitik war vordem persönlicher Egoismus und Inhumanität. Gott verzeiht alle Verbrechen, nur die Inhumanität nicht. Unsere Regierungsmänner waren keine erleuchteten, sie hatten keine echte sittliche Bildung, sie hatten keine Philosophie im Leibe; anstatt wie Gott die Welt nach den ewigen, ehernen Gesetzen der Wahrheit und Gerechtigkeit der Völker zu regieren, bestand ihre Staatskunst in Hinterlist und Hintergedanken, in Zweideutigkeit und Gewalt und kleinsten Mitteln für die Dauer eines Tages oder höchstens eines Jahres. Sie waren lieblos nicht nur gegen die eigenen Völker, sie waren es auch gegen die Fremden. (Rufe: Lauter!)

Ein Unglück für Oesterreich war seine großdeutsche Politik. Oesterreichs Beruf war es nicht, Deutschland und Preußen zu hindern, aus sich etwas zu machen. Die Regierung wollte Einfluß im Auslande, um dadurch den einheimischen Völkern zu imponiren, statt die einheimischen Völker zu entwickeln und durch sie dem Auslande zu imponiren. Demnach wurde im Innern germanisirt und Oesterreich für Deutschland präparirt.

Ihre zahlreichsten und treuesten Völker setzte die Regierung den nationalen Angriffen der Deutschen, Magyaren und Italiener beharrlich aus, sie verletzte die einheimischen Völker und entsprach auch den Erwartungen der auswärtigen nicht — es fehlte die Wahrheit und Humanität, und Oesterreich mußte bei Königgrätz unterliegen.

Die Deutschen Oesterreichs ließen sich von der Regierung zu den gedachten Zwecken verwenden, und, einerseits deutsch-national, waren sie es andererseits doch nicht, denn sie trieben die Regierung zu einem Kriege, von welchem die ganze Slavenwelt abgerathen. Sie schrieben und schrieten für den deutschen Burd und die deutsche Zersplitterung, und auch der Adressentwurf weint eine Thräne am Grabe des deutschen Partikularismus. Sie wollten die Slaven Oesterreichs nach Frankfurt haben, wo diese ihr nationales Grab gefunden hätten; hätte Oesterreich gesiegt, die Slaven Oesterreichs hätten rein auswandern müssen. (Unruhe, Rufe: Oho! Gelächter.) Hätte sich Großdeutschland mit dem Blute der Slaven constituirte, dann wäre es denselben wohl gegangen, wie dem Esel, welcher, wenn er das Heu in den Stall gezogen, mit Stroh vorlieb nehmen muß. (Heiterkeit.) Allein die Vorsehung wacht; es fehlte die Wahrheit und Humanität, und die falsche deutschösterreichische Sache mußte unterliegen, die echt nationale deutsche, italienische und slavische Sache mußte siegen.

Meine Herren! Der Adressentwurf schiebt die Schuld des Doppelkrieges dem jetzigen Ministerium in die Schuhe; das thut er mit Unrecht. Diesen Krieg haben jene deutschen Staatsmänner und früheren Minister eingefädelt, deren Politik seinerzeit der Reichsrath so warm unterstützt hat.

Nach langem Herumirren im Auslande und nach vielen Fehlgriffen hat sich endlich Oesterreich selbst gefunden, und das ist die gute Seite des Krieges. Sein Ausritt aus Deutschland befreit es von vielen Sorgen und Kosten, es kann nun sich selber leben; die österreichische Regierung sei österreichisch, sie treibe weder deutsche, noch slavische, noch magyarische Politik, sie treibe österreichische Politik; das ist die Politik aller ihrer Völker; sie trage allen ihren Völkern gleiches Wohlwollen entgegen, auf daß sie sich in der Stunde der Gefahr auf alle gleich stützen könne; sie finde den Schwerpunkt im Innern des

Reiches. Der Adressentwurf findet aber den Schwerpunkt des Reiches in Deutschland. Diese Herren haben eben nichts vergessen und nichts gelernt, sie sehen nur sich in Oesterreich. Wenn ihnen Oesterreich zu enge ist, so mögen sie nach Frankfurt wandern, wir halten sie nicht auf. (Heiterkeit.) Meine Herren! Die Regierung habe Achtung vor dem Nationalitätsprincip; unser Jahrhundert ist das Zeitalter der Nationalitäten, wie es einst die Religion gewesen. Das Volksbewußtsein ist ein Factor der Civilisation und die Nationalitätsbestrebungen haben ihren Grund im Culturbedürfnisse. Cultur ist aber in jeder Sprache möglich, und ein Volk kann nur mit und durch seine Sprache vorwärts kommen, und die Sprache des Volkes bildet sich und das Volk nur durch ihren allseitigen Gebrauch. Es kann ein Volk nie zu einer tüchtigen Literatur kommen, dessen Sprache nie als Schul-, Schrift- und Amtssprache gegolten hat. Alle Völker haben ihre ersten Sorgen, Mühen und Kämpfe darauf verwendet, ihre nationale Existenz sicherzustellen und in der Natur dieser Bestrebungen liegt es, das sprachliche Element in den Vordergrund zu stellen.

Was helfen Schwurgerichte, was helfen Unabhängigkeit des Richterstandes und Ministerverantwortlichkeit, was hilft Gewissens- und Religionsfreiheit, was helfen sie, wenn darunter die nationale Existenz verloren geht? Wir trennen die Begriffe politische und nationale Freiheit nicht und fordern die Verwirklichung beider im Staate; wir weisen jenen falschen und parteiischen Liberalismus zurück, der für sich die nationale Hegemonie in Anspruch nimmt, für die übrigen Völker aber nur bürgerliche und politische Freiheit in der Tasche hat.

Es ist traurig und beschämend, daß im 19. Jahrhundert ein Volk von einer civilisirten Regierung so etwas erbitten muß, und daß man es ihm nicht schon längst gegeben hat.

Die Entnationalisirung in Oesterreich hat seinen Völkern viel geschadet und den Deutschen viel Verdruß bereitet. Der Friede, welchen der Adressentwurf als zwischen den Volksstämmen des Reiches entwichen bezeichnet, dieser Friede war kein heilsamer, und ihn haben nur diejenigen gestört, die sich in nationalen und politischen Extravaganzen und Intoleranzen ergehen. Wohl möchten sie haben, die Slaven lägen hübsch ruhig da, damit sie auf ihren Gräbern ihre Zukunftspläne aufbauten. Oesterreichs Beruf ist es nicht, seine verschiedenen Völker in Deutsche oder Magyaren zu verwandeln, sondern sie alle zu entwickeln; sein Beruf ist es nicht, die eine Nation durch die andere unterjocht zu halten, ansonst werden die Nationalitäts-Bestrebungen mit erneuerter Kraft hervorbrechen und in Zukunft vielleicht größere Dimensionen annehmen. Deutschland und Italien,

sie haben es bewiesen, welche vulkanische Kraft in der Idee der Nationalitäten gelegen ist.

Die ungeheuerere Summe sittlicher und geistiger Kraft, die in den Völkern der Slaven liegt, muß jedes unbefangene Gemüth anziehen; ihre Begeisterung ist zum Strome angewachsen, der jeden Widerstand begräbt.

Der Westen Europas ist alt geworden und die Slaven haben von der Vorsehung den Beruf, ihn und seine morsche Civilisation zu verjüngen. (Unruhe, Heiterkeit.)

Die Deutschen Oesterreichs haben von den Slaven nichts zu besorgen; diese haben nie nach Unterjochung oder Umstempelung anderer Völker getrachtet, sie dringen ihre Sprache Niemandem auf, es kommt ihnen nur darauf an, daß ihre Sprache von dem Boden, wo sie heimisch ist, und der ihr gehört, nicht vertrieben werde; aber fremde Hegemonial- und Privilegial-Stellung, fremder Sprachenzwang und fremde Geisteskyrannei werden nicht mehr ertragen. Nichts hat Anspruch auf ewige Dauer und einmal hat aller Einfluß ein Ende. Es ist kein Volk in Oesterreich, das ein solches Uebermaß sittlicher und geistiger Bildung aufweisen könnte, um seine Herrschaft über die anderen Völker zu rechtfertigen.

Meine Herren! Oesterreich ist ein interessanter Complex so vieler Länder und Völker, es wäre langweilig, wenn nur ein Volk und eine Sprache wäre, (Allgemeine Heiterkeit), aber gewiß ist es, daß namentlich die Slaven Oesterreichs glückliche Constituirung aufrichtig wünschen und wünschen müssen, weil sie als kleinere Gruppen für sich allein nicht bestehen könnten. Die gefährlichen und zersetzenden Elemente, von welchen der Adressentwurf spricht, mögen die Herren Verfasser desselben in ihrem eigenen Lager suchen und finden. (Rufe: Oho! Unruhe.)

Das Reichsgesetz über die Februar-Verfassung war ein Detroi, dasselbe war eine Verletzung der Staatsrechte der Königreiche und Länder, der engere Reichsrath insbesondere eine den österreichischen Völkern aufgedrungene, unhistorische Staatsform. Centralisation, Germanisation, Absolutismus in constitutionellem Gewande und Vernichtung der Länder-Autonomie waren Zweck und Inhalt dieser Institution. Der Reichsrath wurde gemieden, und fast nur von Deutschen bevölkert, welche man Centralisten nennt, das ist: Gegner der Länderautonomie und der politischen Freiheit, — denn wir trennen die Begriffe: „Autonomie“ und „politische Freiheit“ nicht. Ungeheuerere Anstrengungen zur zwangsweisen Durchführung der Februar-Verfassung machte man vergebens; ungeheuerere Summen verschlang der bureaukratisch-centralistische Apparat, an dem der Reichsrath nichts ändern konnte und wollte, ohne sich den Boden unter seinen Füßen zu untergraben. Gänzliche legislative Unfruchtbarkeit, Stillstand auf allen Gebieten des menschlichen Wirkens, förmliche Erstarrung des

Staates und Verbitterung der Völker, das waren die Folgen der Centralisation, der Germanisation und der heillosen Wirthschaft der deutschen Doctoren und Professoren im Reichsrathe. (Gelächter.)

Diesem Zustande machte das September-Patent Gehalt und Se. Majestät der Kaiser sprachen in selbstem zu Seinen Völkern also:

Seht, man hat mir eine Verfassung angerathen, und ich habe Euch eine Verfassung gegeben, welche Eurer Eigenart nicht entspricht und Euer Rechte verletzt. Ich habe sie weggeräumt und habe den Bauplatz freigemacht, verständigt Euch untereinander und mit mir, bauen wir zusammen ein Haus, indem wir uns Alle, ich und Ihr wohl befinden.

Meine Herren! So hat noch kein Monarch von Habsburgs Thron zu seinen Völkern gesprochen. Nicht um das Verfassungsleben aufzuheben, sondern um an die Stelle der Scheinverfassung eine wahre Verfassung, um an die Stelle des Zwanges die freie Vereinbarung, an die Stelle des Privilegiums das gleiche Recht Aller zu setzen, das war der Zweck der Sistrung.

Dieser echt staatsmännische Act, wie er aus edlem Herzen kam, hat der Regierung die Sympathien von Millionen und Millionen eingetragen und lehrte die Völker ihre Leiden vergessen und Oesterreich wieder lieben. Ohne diesen Staatsact und mit dem Reichsrathe in der Hand hätten wir zum auswärtigen Kriege wahrscheinlich noch die Resolution im Innern gehabt. Dieser Staatsact machte die Völker opferwillig, und sie verdienen wahrlich nicht abermals gekäufelt zu werden. Die Ausgleichs-Verhandlungen mit Ungarn begannen, und im Inland, sowie im Auslande stieg die Hoffnung, daß Oesterreich sich consolidiren werde. Aber eben das war es, dem unsere Feinde zuvorkommen wollten, wohl einsehend, daß ein in sich geeinigtes Oesterreich unüberwindlich ist, und unsere Unfertigkeit benützend, griffen sie zu den Waffen.

Ich muß es geradezu als eine Verdrehung der Wahrheit bezeichnen, wenn die Adresse den Sistrungsact als einen Staatsact beklagt, durch welchen die Unzufriedenheit im Innern vermehrt, die Widerstandskraft des Reiches geschwächt und der Muth und die Angriffslust der Feinde Oesterreichs erhöht wurden. Ich muß es beinahe als eine Treulosigkeit bezeichnen, wenn die Adresse verlangt, daß die Regierung zur Zeit des 20. Septembers 1865 den Ausbruch des Krieges habe voraussehen müssen und ihr der Vorwurf gemacht wird, trotz der Kenntniß dieses Umstandes die Verfassung dennoch sistirt zu haben.

Die durch den Krieg unterbrochenen Ausgleichs-Verhandlungen wurden nach dem Frieden wieder fortgesetzt, und wenn auch die hohe Regierung in dem Kriege und den Präntionen des ungarischen Landtages eine Entschuldigung ansprechen kann, so ist es doch nicht zu läugnen, daß so viele Anzeichen ihres Schwankens und Abweichens von dem September-Gedanken und das Ignoriren so mancher berechtigten Wünsche der Völker, die ihr anhängen, eine tiefe Verstimmung unter denselben erzeugt haben. Wir stehen so wie die große Partei, welche der September-Politik huldigt, nach wie vor auf dem Boden des Octoberdiploms und des September-patentes und wir werden zahlreich, wie wir sind, dem Septembergedanken Ausdruck verschaffen, nöthigenfalls auch gegen die Regierung. (Rufe: Oho!)

Der Adressentwurf verlangt Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände, und daß Seine Majestät die mit dem 20. September eingeschlagene Bahn verlassen. Was soll wieder hergestellt werden? Die Februar-Verfassung? Hiervon erwähnt der Adressentwurf nichts. Auch ist es kein Geheimniß, daß die Herren Verfasser des Adressentwurfes die Februarverfassung wenigstens zum Theile längst aufgegeben haben. (Rufe: Oho!) Sollen verfassungsmäßige Zustände überhaupt hergestellt werden, dann gibt der Adressentwurf selbst die Undurchführbarkeit der Februar-Verfassung und die Nothwendigkeit des 20. September zu. Und auf welche Weise soll die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände geschehen? Auf dem Wege der Detroirung? Sicher nicht. Auf dem Wege der Vereinbarung? Gewiß. Das aber will auch das Patent vom 20. September und ich sehe daher nicht ein, was die Adresse eigentlich will, ich sehe nur so viel, daß die Herren Verfasser der Adresse in ein Labyrinth gerathen sind, aus dem sie vergeblich einen Ausweg suchen.

Die sistirten Herren Reichsräthe hätten um so weniger Grund ewig diesen Sistrungsjammer anzustimmen, da sie ja das Sistiren in einem viel größeren Maßstabe betrieben haben. Das krampfhafteste Festhalten an dem engeren Reichsrathe war eine Sistirung des Staatsrechtes der in demselben einbezogenen Königreiche und Länder; der Dualismus ist eine Sistirung der Staatsrechte eben derselben und des dreieinigigen Königreiches; auch das ungarische Staatsrecht wurde nicht bloß durch das Grundgesetz über die Reichsvertretung und durch die Reichsräthe, sondern auch von unserem Landtage sistirt und als verwirrt erklärt. Eben diese Herren, welche den Entwurf der heutigen Adresse verfaßten, forcirten im Jahre 1861, Schmerling- und Februar-sellig, wie sie waren, zu Gunsten der Februarverfassung, die sie jetzt aufgegeben, eine Adresse und die Guttheißung eines Berichtes, welcher den heutigen Berichterstatter zum Verfasser hatte, und welcher die ungarischen 1848er Gesetze,

weil erzwungen und von der Reichsvertretung nicht gut geheissen, von jedem Rechtsstandpuncte aus als null und nichtig erklärt. In jenem Berichte wird gesagt, daß Se. Majestät der Kaiser berechtigt gewesen, das Grundgesetz über die Reichsverfassung auch mit voller Wirkung für die Länder der ungarischen Krone zu erlassen, und daß Se. Majestät zu weiter gehenden Concessionen an Ungarn von dem Standpuncte der Erblande nicht berechtigt gewesen sei. In diesem Berichte wird ferner gesagt, daß fürwahr, wenn es einen durch Geschichte, Blut und Opfer jeder Art geheiligten Rechtsanspruch gibt, dies der Anspruch ist, welchen die Erbländer daran haben, Ungarn nicht auscheiden zu lassen aus dem innigen Verbande mit ihnen; es wird gesagt: „In Ungarn ist seit dem Tage von Villafranca ein öffentlicher Geist erwacht, der im Widerspruche mit dem, was einst die besten Männer dieses Landes über das Verhältniß zur Gesamtmonarchie dachten und sprachen, und feindselig gegen alles, was österreichisch ist, auf ein einseitiges ungarisches Staatsrecht und auf Gesetzesartikel sich stützt, die eine Verletzung aller Rechte Oesterreichs sind.“

Auch noch in der letzten Session dieses hohen Landtages wurde von eben diesen Herren zu Gunsten der Februarverfassung eine Adresse forcirt, und der heutige Berichterstatter hat sich damals gegen den Dualismus also ausgesprochen: Der Dualismus führt nothwendig zum Absolutismus oder zum Zerfalle des Reiches, denn er führt zur Centralisation in Pest, zur Centralisation in Wien, zur strammsten Magyarisirung dort, zur strammsten Germanisirung hier, gegen welche sich alle Volksstämme wehren müssen.

Angesichts dieser Antecedentien, meine Herren, muß man mit Recht erstaunen, wie eben dieser Herr uns heute einen dualistischen Adressentwurf vorlegt. Niemand hätte besser als Sie selbst das Verdammungsurtheil über Ihre Politik aussprechen können.

Wir wissen längst, daß die steirischen „Autonomisten“ — was sie nicht sind und welcher Name ihnen nicht gebührt, — Dualisten geworden sind, was eigentlich nur den Zweck hat, die Magyaren zu möglichst hohen Ansprüchen zu ermuntern, den Ausgleich in Wien zu erschweren, und hiedurch den Centralismus, den Absolutismus oder den Verfall des Reiches herbeizuführen. Ich sage Ihnen aber, meine Herren, die Ungarn mögen sich auf diesen Succurs der deutschen oder der steirischen Dualisten nicht viel zu Gute thun, denn hinter ihnen steht nicht das deutsche Volk, und selbst wenn die Adresse von den deutschen Abgeordneten heute einstimmig angenommen wird, so sage ich dennoch, im Steiererland ist das Volk nicht dualistisch gesinnt.

Wir haben gesehen, welch' ungeheurer Staub die versprengte und abgebrannte Clique der Reichsräthe in der Presse und in den Landtagen gegen die Sistrirungspolitik und gegen das September-Patent aufgewirbelt hat, wie sie jeden Schritt der Regierung verdächtigte, die öffentliche Meinung irre führte, wie sie in einemfort Sturm lief gegen das Ministerium Belcredi, und es ihm nicht verzeihen konnte, daß er „Gleiches Recht!“ auf seine Fahne geschrieben, und sie expossessionirte. Wir haben es erlebt, wie sie in einemfort, als wären sie allein in Oesterreich und ohne Rücksicht auf die übrigen Völker wie eigensinnige Kinder nach ihrem constitutionellen Buzel, dem Reichsrath schrien, als dem einzigen Arcanum gegen jede Staatskrankheit. (Heiterkeit.)

Ist es daher zu verwundern, wenn auch die steirisch-deutschen Dualisten auf die zweite Nation des Landes gar keine Rücksicht nehmen? Ich sage Ihnen, meine Herren, unter den nationalen Slovenen finden Sie keine Dualisten.

Protestiren aber muß ich im Namen der slovenischen Nationalen gegen die Umachungen der deutschen Doctoren; fünf derselben sitzen in dem Comité und uns gönnten Sie keinen Platz. Wenn Sie Politik ohne uns machen, wenn Sie von uns nichts wissen wollen, dann werden wir auch in Zukunft von Ihnen nichts wissen wollen! (Rufe: Oho!)

Was sagen die Slovenen, meine Herren? Unser Blut durften wir vergießen im Kampfe deutscher Brüder, aber Politik und Combinationen treibt ihr hinter unserem Rücken und gegen uns, ohne Rücksicht auf uns! Was bedeutet Euer Allianz mit den Magyaren anders, als die Bedrückung der Slaven? Ihr schreiet in die Welt: „Deutsche, haltet zusammen!“ als wären sie in Gefahr; kein Mensch denkt dem deutschen Volksthum irgend ein Haar zu krümmen; die Deutschen glauben Euch auch nicht. Es wird ein Kampf entbrennen zwischen den Slaven und Deutschen, aber ein Wettkampf um die Wissenschaft und Kunst, um die Freiheit und den Fortschritt, aber kein anderer. (Unruhe.)

Aber Euch treibt Euer böses Gewissen, Ihr glaubt, wie Ihr gegen die Slaven verfährt, so werden sie mit Euch verfahren, Ihr fürchtet die Concurrenz, Ihr fürchtet aus Eurer Trägheit aufgerüttelt zu werden (Heiterkeit), Ihr fürchtet für Euer Herrschaft! (Unruhe.) Ihr Centralisten oder Dualisten, Euer Freiheit, Euer Liberalismus ist unerquicklich, wie der Herbstwind, der durch dürre Blätter säufelt. So weit geht Euer Verblendung, daß Ihr die Klugheit verliert und es auszusprechen nicht scheut, die Slovenen dürfen keine Schulen bekommen, damit der Slovenismus nicht aufkomme! (Rufe: Oho! Unruhe.) Oui messieurs! Ich habe Zeugen, daß man so gesprochen. Und wenn man uns nur als Objecte der Ausbeutung in Betracht nimmt, so werden wir sagen: Gebt uns unseren Antheil heraus! Ihr habt kein Recht, der Regierung

eine Lection zu geben, Ihr habt kein Recht, Sr. Majestät zu rathen, keine Nebenziele, d. h. Hintergedanken, zu haben; die Hintergedanken, die habt Ihr, die merzt erst bei Euch aus!

Meine Herren! Die Regierung berücksichtige bei dem Ausgleich alle Völker des Reiches, die Verhättslung des einen, die Bedrückung des andern würde das Reich auseinander treiben, zum mindesten aber schwer schädigen. Wenn die Magyaren Oesterreich wirklich brauchen, wie sie sagen, so müssen sie die Bedingungen eingehen, unter denen Oesterreich als Macht und Einheit bestehen kann. Der Dualismus legt den Keim zum Kampfe Oesterreichs mit seinen Völkern; der Dualismus ist eine Bahn, welche keine Nation wandelt, welche das Recht und die Freiheit Anderer achtet.

Die einzige für Oesterreich gesunde Staatsform ist die föderative, sie gewährt jedem gleiche Rechte, sie stärkt die Theile und dadurch das Ganze. Gleichberechtigt wollen wir um die Krone stehen, wir geben dem Reiche, was des Reiches ist, und nehmen das Uebrige für die Länder in Anspruch. Reichseinheit und Reichslegislative für die gesamtstaatlichen Angelegenheiten, Reichseinheit und Länderautonomie, geschaffen durch die freie Vereinbarung der Völker mit der Krone, — das ist der Föderalismus, wie wir ihn wollen. Der Föderalismus zerbröckelt oder vereinigt nur, was die Februarverfassung zerbröckelt hat, in Gruppen.

Wir anerkennen keinen engeren Reichsrath oder eine demselben ähnliche centralisirende Institution; für uns ist zwischen der Reichseinheit und der Länderautonomie für keine andere Institution Platz und Raum.

Dieses Programm, meine Herren, ist das Programm von über 20 Millionen Menschen (Gelächter), *Oui messieurs!* Auch die Deutschen hängen demselben an, Beweis dessen die deutsche föderative Partei, Beweis dessen jene reinen deutschen Elemente, die nicht durch den Pesthauch aus der Kloake des Wiener Liberalismus vergiftet sind. Die Regierung schreibe die Versöhnung mit der Humanität auf ihre Fahne, und Oesterreich wird gerettet sein.

Wir stellen zu der Adresse, die eigentlich nichts anderes ist, als ein Ausfall gegen die anderen Nationen (Rufe: *Oho!*), und nur verlangt, daß die Regierung den Ungarn schnell Alles bewilligen soll, was sie wollen, keinen Antrag, werden aber nöthigenfalls ein Separatvotum abgeben.

Landeshauptmann: Herr Dr. Rechbauer hat das Wort.

Abg. Dr. Rechbauer (Graz): Der Landtag kann sich heute auf die Erfahrungen eines Jahres berufen, wenn er behauptet, daß mit der Sistirung der Verfassung der Friede zwischen den verschiedenen Volksstämmen

auch dort entwich, wo er bisher bestand. So steht es in der Adresse und heute haben Sie ein Beispiel davon. Seit dem 20. September, seit dieser unglückseligen Politil ist kaum Ein Gegenstand, der nicht Anlaß gibt zu einem sogenannten Schmerzensschrei; sei es eine Weinbauschule, sei es ein Paragraph einer Geschäftsordnung, selbst dieser gibt schon Anlaß, über nationale Bedrückung zu klagen; um so mehr also heute, wo es sich um staatsrechtliche Fragen, wo es sich um einen Moment handelt, der von tiefster, eingreifender Wirkung ist.

Man hat von jener Seite eine Masse von Vorwürfen gegen das frühere Ministerium geschleudert. Ich bin weit entfernt, hier dessen Verteidiger sein zu wollen, denn seitdem ich das politische Feld betreten, habe ich der Opposition des früheren Ministeriums angehört; allein die Vorwürfe, welche man dem früheren Ministerium gemacht hat, gehen mit weit bedeutenderem Gewichte gegen das jetzige Ministerium. (Bravo!)

Es wurde heute von einem Vorredner mit einer Art Cynismus darüber gesprochen, daß man in der Adresse eine Thräne Deutschland weicht, und das hat ein Mann gesagt, der den deutschesten der deutschen Namen führt und zugleich ein Nationaler ist. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren! Ich spreche es mit der Adresse aus: Alles Unglück, welches über Oesterreich gekommen ist, ist nicht so bedeutend, als das Eine Unglück, daß wir von Deutschland ausgeschlossen wurden, von Deutschland, von dem wir entstammt sind, dem Oesterreich seine Entstehung verdankt, dem wir seit einem Jahrtausend angehörten, mit dem wir durch unsere Geschichte in guten und in schlimmen Tagen stets verbunden waren! Wer kann es uns da verübeln, daß wir eine Thräne weihen einem solchen Miß, der mitten durch das Herz geht. (Beifall.)

Sie, meine Herren! die sie sich Slaven nennen, und als die Vertreter der slavischen Nationalität hier geltend machen wollen, Sie haben doch nicht Ursache, dagegen zu sprechen, wenn wir unsere Volksthümlichkeit bewahren, wenn wir unsere Zusammengehörigkeit aufrecht halten wollen. Croatien beansprucht Dalmatien, weil es von Stammesangehörigen bewohnt wird, und weil vor 400 Jahren einmal ein croatischer Fürst die dalmatinische Krone getragen (Heiterkeit); Böhmen will Mähren und Schlessen annectiren, obwohl sie staatsrechtlich niemals zusammengehört haben, nur weil vor Jahrhunderten einmal ein feudaler Verband mit Böhmen bestand. Sie, meine Herren Slovenen, die Sie seit 1000 Jahren deutschen Boden bewohnen, Sie gehen hinunter und schließen in Croatien ein Bündniß wegen Trennung der deut-

sehen, oder wenigstens paritätischen Steiermark, um eine Vereinigung mit Croatien anzustreben; und uns Deutschen, die wir einen 1000jährigen Verband erhalten wollen, uns nehmen Sie es übel und erlauben sich einen cynischen Spott darüber, wenn wir Deutschland eine Thräne weihen! (Lebhafter Beifall.)

Der Schlag, der uns getroffen hat, ist ein tief empfindlicher, er ist ein so empfindlicher, daß wir an unserer weiteren staatlichen Existenz zweifeln könnten, wenn wir nicht Beruhigung hätten, daß der Friede von Prag und Nikolsburg kein Werk für die Ewigkeit geschaffen (Bravo! Bravo!) Es ist dies für uns um so schmerzlicher, als das deutsche Volk an diesem Unglücke nicht Schuld ist, sondern nur die unglückselige Regierungspolitik, eine Regierungspolitik, die nur dynastische Interessen im Auge hat, und geblendet von feudalen und clericalen Rebellen, den Blick nur immer rückwärts statt vorwärts wendet (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren! Man hat nicht verstanden, die Zeit zu begreifen. Als im Jahre 1863 Sr. Majestät selbst die Hinfälligkeit der deutschen Bundesverfassung erklärten und das Reformwerk in die Hände nehmen wollten, als er die deutschen Fürsten um sich versammelte, da war der Moment gekommen, wo Oesterreich seine Stellung für immer erringen konnte, da war der Moment gekommen, um sich an die Spitze der deutschen Nation zu stellen. Hätte man damals das Drängen des deutschen Volkes nach Freiheit und Einsicht erkannt und zu würdigen gewußt, hätte man daselbe im nationalen Sinne befriediget und nicht im dynastischen Interesse auszubeuten gesucht, hätte man mit einem Worte dem Volke, welches nach Freiheit hungerte, nicht den Stein des Reformprojectes, sondern das Brod der freien Verfassung, wie solche im Jahre 1849 geschaffen wurde, gegeben, — dann, meine Herren! hätte man Oesterreich mit Freuden an die Spitze der Nation gerufen, und hätte selbst gegen die widerstrebenden Junker an der Spree Oesterreichs Herrscher wieder zum deutschen Kaiser machen können. (Bravo!) Allein man hat es versäumt; durch die Halbheit ist das Reformproject gefallen. Als die schleswig-holstein'sche Frage herankam, da hat nicht, wie der Herr Vorredner sagte, der Reichsrath die Regierungspolitik unterstützt; nein, meine Herren, wir im Reichsrathe haben auf das Entschiedenste unsere Stimme erhoben, um die Regierung von dem verderblichen Weg, den sie gegangen, zu warnen, wir haben ihr zugerufen, sich dorthin zu stellen, wo das Recht der deutschen Nation ist und nicht ein gefährliches Bündniß mit Männern einzugehen, die von jeher der Oesterreicher Feinde waren.

Vergeblich waren damals unsere warnenden Stimmen; die Verlockungen von dort her zogen mehr, man glaubte mit dem Junkerthume Europa herausfordern zu können,

und vor Allem der verhassten Demokratie den Fuß auf den Nacken zu setzen (Rufe: Sehr wahr!)

Aber nur kurze Zeit dauerte der Traum. Nachdem Oesterreich die Bundesverfassung selbst mit Füßen getreten, nachdem Oesterreich die deutsche Nation von sich gestoßen, nachdem man Oesterreich dorthin gebracht hatte, wo hin man wollte, ist die Larve gefallen; da hat es sich erst gezeigt, an wen man sich angeschlossen. Selbst da wäre es noch in der Hand der Regierung gelegen, wenn man die Zeit zu erfassen und zu verstehen gewußt. Als damals der leitende Staatsmann an der Spree dem deutschen Volke, um es zu gewinnen eine Verfassung vorspiegelte, wäre es für Oesterreich noch Zeit gewesen, die Nation für sich zu gewinnen; allein man hat es verschmäht, die Begeisterung des Volkes dadurch zu erwecken, daß man sich und ihm ein großes Ziel vorstreckte. Man wollte wohl das Bündniß mit dem deutschen Volke, allein ohne ihm dafür die Frucht des Sieges zu bieten. Wofür sollten Deutschlands Völker denn mit Oesterreich eintreten? Für den deutschen Bund etwa? Sollte dessen Wiederherstellung der Preis des Sieges sein? Von Freiheit und Volksthümlichkeit oder deraartige Ziele hat man bei uns nichts gesprochen und nichts gehört.

So ist der Krieg entstanden nur dadurch, daß die leitenden Staatsmänner ihre Zeit nicht zu erfassen wußten. Man vertraute der Armee, und man hätte glauben sollen, daß man einer Armee vertrauen könne, auf die seit dem Jahre 1848 über 2000 Millionen verwendet wurden, der gegenüber alle Staatsaufgaben zum Schaden des Volkes zurückgesetzt wurden, welche die Kraft des Staates wahrhaftig in sich aufgesogen hatte. Allein das Verhängniß wollte es anders; in einem sieben-tägigen Feldzuge war die Armee vernichtet und der Feind stand vor den Thoren Wiens.

Und wie verstand man die Zeit nach dem Kriege zu benützen? Monate sind seit dem verfloßen und während das Volk aus tausend Wunden blutet, hat man es nicht einmal der Mühe werth gefunden, ihm auch nur eine authentische Darstellung, wie diese unglücklichen Ereignisse gekommen sind, zu geben. Man hätte doch glauben sollen, diese furchtbaren Schläge müßten an maßgebendem Orte zur Einsicht und zur Umkehr aufgefordert haben. Nach dem Unglückstage von Solferino wurde in dem Allerhöchsten Manifeste ausdrücklich erklärt, daß man mit den ererbten Uebelständen aufrichtig brechen werde. Man hätte geglaubt, daß das wenigstens jetzt geschehen werde; allein was geschah seit jener Zeit? Ist von der Regierung eine That geschehen, welche dieses Momentes würdig gewesen? Ich weiß keine, es müßte denn sein, daß man das Kreuzerblatt als eine solche ansehen wollte. (Allgemeine Heiterkeit.)

Das Resultat des Krieges hat gezeigt, von welcher unendlicher Wichtigkeit Bildung und Intelligenz sind, und man sollte glauben, die Regierung werde nichts Eiligeres zu thun haben, als alle Kräfte darauf zu verwenden, um die Volksbildung und das Schulwesen zu heben. Was thut dagegen die Regierung? Alles, um dieses zu hindern. Nicht genug, daß sie selbst keine Hand anlegt, hindert sie noch Andere, dies zu thun. Wir haben vor Kurzem die Erfahrung gemacht, daß man selbst bestehende Gesetze so zu drehen weiß, daß sie ihren wohlthätigen Einfluß verlieren, wir haben gesehen, daß die Regierung an den Worten „ernennen“ und „anstellen“ nergelt; wir haben gesehen, wie man die einfachsten Gesetze nicht sanctionirte, so eine Bauordnung deshalb nicht, weil man verlangte, daß auch die Staatsbehörden an das Gesetz gebunden sein sollen, eine Gemeinde-Ordnung nicht, weil man wollte, die Gemeinde-Autonomie soll zur Wahrheit werden. Wir haben gesehen, daß, als die Gemeinde Wien mit großen Opfern ein Lehrer-Institut zur Heranbildung tüchtiger Lehrer gründen wollte, solche Bedingungen gestellt wurden, wie man sie einem Jesuiten-Gymnasium nicht stellt; ja, so weit hat es das Ministerium gebracht, daß man vor 80 Jahren Fortschritte dagegen sieht; denn vor 80 Jahren wurde ein Orden aufgehoben, welchen jetzt die Regierung mit allen Mitteln unterstützt. (Lebhafter Beifall.)

Das sind die Thaten des jetzigen Ministeriums! Und wenn diesem gegenüber mein verehrter Herr Vorredner findet, daß da ein Fortschritt geschehen, so kann ich ihn nur bedauern.

Er meint, wir Deutschen wollen nur die Oberherrschaft, wir wollen nur germanisiren und die Slaven unterdrücken. Meine Herren! Oesterreich hat seit Jahrhunderten deutsche Fürsten, Oesterreich hat seit Jahrhunderten eine deutsche Regierung und — sind die Slaven unterdrückt? Sie hatten eben den Beweis, wie die Herren Slaven ihre wahren oder vermeintlichen Rechte geltend zu machen wissen, von einer Unterdrückung kann da wohl keine Rede sein.

Wenn man sagt, die Slaven werden Europa verjüngen, so muß ich fragen: ist das vielleicht der Anfang der Verjüngung, daß die slavischen Russen die Galgen in Polen aufrichten oder daß sie die Polen nach Sibirien schleppen? (Bravo! und Rufe: Sehr wahr!) Wenn von dort gesagt wird, daß der Slave Niemandem seine Sprache aufdringe, — warum verlangen denn die Böhmen ein Sprachengesetz, durch welches der Deutsche gezwungen wird, deutsch zu lernen? (Beifall.) Wir wollen Niemandem unsere Sprache aufdringen, aber die Slaven haben es we-

nigstens in Böhmen versucht, und die Regierung hat ihnen hiezu die Hand geboten.

Allein nicht genug; Sie sprechen von Inhumanität, persönlichem Egoismus, als Fehler der Deutschen. Meine Herren! Wir haben eine einzige kräftige slavische Regierung, und das ist die russische, und wie behandelt diese die Religion? Ist diese human und freistänig? Da haben Sie ein Muster von einer slavischen Regierung. (Beifall, Rufe: Sehr gut!)

Man hat gesagt, nur dadurch, daß das Septemberpatent gekommen, und die Februarverfassung sistirt wurde, sei zwischen den Völkern ein Ausgleich möglich geworden; die Februarverfassung ist nur ein Decret, das Octoberdiplom ist der wahre Rechtsboden, die Februarverfassung habe die Staatsrechte aller anderen Länder escamotirt. Nun meine Herren, ich frage, hat das Octoberdiplom einen anderen Ursprung als die Februarverfassung? Sind nicht beide Ausflüsse der Regierung, sind nicht beide Decrets gewesen? Der Unterschied ist nur der, daß das Octoberdiplom von den Völkern desavouirt wurde, nachdem die Glorification, welche ihm Graf Goluchowski mit seinen Landesstatuten brachte, so wenig Lust dazu erzeugen konnte, und eben deshalb wurde das Februarpatent erlassen.

Das Februarpatent ist von allen Völkern der nicht ungarischen Länder angenommen worden (Bravo!), insbesondere Oechen und Polen haben sich auf diesen Boden gestellt, von den Slovenen gar nicht zu reden, denn damals haben sie noch gar keine Opposition gemacht. (Heiterkeit.) Nachdem nun sämtliche Länder das Februarpatent nicht nur angenommen, sondern auch mehrere Jahre, und zwar in Verbindung mit der Krone ausgeübt hatten, so glaube ich denn doch, daß dies ein legaler Boden gewesen ist. Dem gegenüber von dem Staatsrechte der Länder zu sprechen, begreife ich nicht. Ich habe schon im vorigen Jahre Gelegenheit gehabt, es auszusprechen, und ich wiederhole nicht gerne einmal Gesagtes, die Länder diesseits der Leitha waren bis zum Tage des Octoberdiploms und der Februarverfassung absolutistisch regiert, seit Jahrhunderten ist die Geschichte über ihre früheren Staatsrechte hinweggeschritten; ich kenne nur ein historisches Recht, und das ist dasjenige, welches sich lebendig zu erhalten weiß, historische Rechte aber, welche längst unter dem Schutte der Zeit begraben wurden, kann ich nicht mehr erkennen.

Ich sage nun, die Februarverfassung ist von den Völkern diesseits der Leitha angenommen gewesen, sie war in voller Ausübung. Da hat sie die Regierung plötzlich eingestellt, und zwar aus dem Grunde, weil sie der ungarischen Verfassung widerstreite. Treffend sagt

Ihnen nun die Adresse, wenn dies die ernstesten Motive der Sifirung waren, so wäre die Consequenz davon die gewesen, daß im Momente der Sifirung der Verfassung diesseits der Leitha die Verfassung jenseits der Leitha wieder hätte in's Leben gerufen werden müssen.

Denn wenn die Einstellung hier nur bedingt war durch die Abweichung von den Rechten der Anderen, so mußten jedenfalls diese wieder aufleben, sie mußten wieder hergestellt werden. Das war aber nicht der Fall; man hat diese einen Rechte eingestellt, ohne die anderen in's Leben zu rufen.

Was ist die Wirkung davon? Das traurigste Beispiel, was ich je gesehen, war das erste, was der Septemberpolitik folgte; denn noch nie ist es geschehen, daß sich die Völker dafür bedankt haben, daß man ihnen Rechte genommen. Das ist hier geschehen; es sind von gewissen Ländern Dankesadressen gekommen dafür, daß man ein Gesetz, welches vom Throne herab selbst als heilig und unverbrüchlich verkündet worden ist, welches die Völker dankbar angenommen und ausgeübt haben, hinterher für eine Fiktion erklärt hat! Es gab Leute, welche sich dafür bedankt haben! (Heiterkeit.)

Ich verkenne nicht, — und in dieser Beziehung stimme ich mit meinem Herrn Vorredner überein, — daß das frühere Ministerium in der Lösung der ungarischen Frage so unglücklich war, wie das jetzige. Mit dem Erscheinen des Octoberdiploms und des Februarpatentes wurde für Ungarn zugleich die freie landtägliche Revision vorbehalten; allein bald ging man darüber hinaus. Man wollte mit der Contumacirung, mit der Verwirrungstheorie Ungarn zwingen, der neugegebenen Verfassung beizutreten, man wollte das ältere Recht Ungarns ignoriren. Unrecht hat aber mein Herr Vorredner, wenn er meint, der Reichsrath hätte hierin die Regierung unterstützt. Ich glaube, ohne unbescheiden zu sein, mich darauf berufen zu können, daß ich vom ersten Momente an gegen diesen Vorgang meine Stimme im Reichsrathe erhoben habe und, wenn sie auch zu schwach war, um durchdringen zu können, so habe ich doch meine Ueberzeugung offen und ehrlich ausgesprochen, nie könne das Februarpatent und Octoberdiplom von Ungarn als Gesetz anerkannt werden, bevor sie nicht der ungarische Landtag angenommen, weil in Ungarn nichts Gesetz werden kann, außer im Wege der Verfassung, außer im Wege der Vereinbarung des Landtages mit der Krone. Der Reichsrath hat immer lauter und lauter seine Stimme für den Ausgleich mit Ungarn erhoben und dazu den Weg angebahnt gehabt, und hätte man der Sache damals ihren Lauf gelassen, längst wäre diese Frage gelöst.

Allein die Regierung ist zum Sturze gekommen und die jetzige hat ihren ersten Act damit begonnen, den Völkern hier Alles zu nehmen und den anderen nichts zu ge-

ben. Daß dadurch der Ausgleich unendlich erschwert worden ist, liegt auf der Hand; denn vor dem Sifirungsministerium war der Ausgleich nur zwischen jenen Ländern, welche die Februarverfassung angenommen und jenen, welche sie nicht angenommen haben, das sind die Länder der ungarischen Krone einerseits und die diesleithanischen Länder andererseits, herbeizuführen. Durch das Sifirungspatent sind aber von allen Seiten Ansprüche herangekommen, jedes kleine Natiönchen glaubte nun mit Ansprüchen hervortreten zu können und je unbegründeter sie sind, desto hartnäckiger werden sie vertheidiget und festgehalten. (Heiterkeit, Bravo!).

Wem es um Oesterreich Ernst ist, muß vor Allem den Ausgleich wünschen, und wir Deutschen wünschen ihn. Wenn wir uns auch unsere Zukunft denken können ohne Oesterreich, wir wollen treu und ehrlich zu Oesterreich stehen; allein es muß uns dies möglich gemacht werden, es muß eine Constituirung Oesterreichs geschaffen werden, wodurch unsere deutsche Existenz, wodurch unsere deutsche Bildung und Kultur gesichert sind. Will man uns aber durch eine überwiegende Gewalt eine Verfassung geben, wodurch wir in unserer Existenz gefährdet würden, wodurch deutsche Bildung und Kultur in Gefahr kämen, so werden wir uns da gegen mit allen Kräften stemmen. Wir sind Deutsche gewesen, ehe wir Oesterreicher geworden sind, und wir werden Deutsche bleiben, sollte das Verhängniß über Oesterreich hinweggehen. (Beifall.)

Ich sagte, die Deutschen werden ehrlich zu Oesterreich stehen und werden ehrlich die Hand zum Ausgleich bieten. Allein unter dem Ausgleich verstehe ich nur den Ausgleich zwischen jenen Ländern, welche das Februarpatent nicht angenommen haben, und zwischen jenen, welche dasselbe angenommen haben. Die Bedingungen des Ausgleiches sind aber die, daß in beiden Theilen des Reiches der Rechtszustand hergestellt werde; daher begehren wir mit Fug und Recht für uns die Wiederherstellung der Februarverfassung. Ich weiß nicht, was den Herrn Vorredner zu der Insinuation berechtigte, wir hätten die Verfassung bereits aufgegeben? Wir haben von jeher erklärt und ich erkläre es feierlich hier, daß die Februarverfassung der gesetzliche Boden ist, von dem wir ausgehen; daß wir sie nicht als Ideal betrachten, daß sie aber der Ausgangspunkt sein muß, von dem allein aus im gesetzlichen Wege eine Aenderung geschehen kann.

Der gefeierte Patriot Deák hat vor wenigen Tagen im ungarischen Landtage als Wünsche des Landtages hingestellt: erstens die Herstellung der Verfassung, zweitens ehrenvoller Ausgleich. Auch ich wünsche hier dasselbe: Herstellung der Verfassung und ehrenvollen Ausgleich; daher Herstellung der Verfassung dies- und jenseits der Leitha. Die Bedingung dazu ist die Gesamtvertretung der Länder, welche die

Februarverfassung angenommen haben, und eine Vertretung Ungarns.

Das Ziel, meine Herren, kann nur Eines sein: Die Vereinbarung der staatsrechtlich begründeten, lebendig historischen Selbstständigkeit Ungarns mit der Machtstellung und constitutionellen Freiheit des ganzen Reiches. Den Weg hiezu näher zu erörtern, ist hier nicht am Plage; ich glaube nur das hervorheben zu müssen: Es kann nur ein verfassungsmäßiger Weg sein; jede Verfassungsänderung, die sich hier oder dort als nothwendig herausstellt, kann nur durch den hiezu berufenen Vertretungskörper geschehen, und dieser berufene Vertretungskörper ist für die Länder diesseits der Leitha nur der auf Grund des Februarpatentes einzuberufende Reichsrath.

Welchen Inhalt die Vereinbarung haben sollte, das ist eben der Gegenstand der Verhandlung; nur Eines glaube ich auch hier mit der Adresse hervorheben zu müssen: die Behandlung aller Angelegenheiten kann nur im parlamentarischen Wege geschehen, wir wollen den Absolutismus in jeder Sphäre des Staatslebens ausgeschlossen wissen, wir können daher auch nicht Momente in die Vereinbarung aufnehmen, welche eine parlamentarische Behandlung ausschließen.

Ich verlangte als Bedingung des Ausgleiches die volle Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände dies- und jenseits der Leitha. Wenn wir den Ungarn geben, was ihnen gebührt, dann können wir auch mit Recht verlangen, daß Ungarn dem Reiche gebe, was dem Reiche gebührt. Es ist das kein Opfer, welches wir von Ungarn für uns verlangen, es ist nur im eigensten Interesse Ungarns selbst gelegen.

Ungarn kann nach der politischen Constellation Europa's seine Selbstständigkeit nur in der Verbindung mit Oesterreich, insbesondere in Verbindung mit dem Deutschthum in Oesterreich erhalten; nur in Verbindung mit uns vermag Ungarn sich der slavischen Uebersfluthung zu erwehren; seine Hand zum Ausgleich darzubieten, erfordert also sein eigenes Interesse. Bereits hören wir auch Stimmen von dort her, welche dies erkennen und uns hoffen lassen, daß diese Verbindung nicht hintangewiesen werden wird.

Ohne mich nun noch weiter in die Widerlegung der Rede meines Herrn Vorredners einzulassen, glaube ich Ihnen nur ehrlich und offen die Adresse zur Annahme empfehlen zu können. Wir stehen an einem gefährvollen Wendepunkte des Reiches. Noch ist Rettung möglich, doch nur dann, wenn mit Entschiedenheit mit der Vergangenheit gebrochen wird und mit jenen Mächten, welche bis heute Oesterreich an den Rand des Abgrundes geführt haben, wenn eine neue Bahn, die der Freiheit und des Fortschrittes eingeschlagen wird. In solchen gefährvollen Momenten ist es die

Pflicht jedes Patrioten, die Mißgriffe anzudeuten, auf die Gefahren hinzuweisen und die Mittel anzugeben, von denen Rettung erwartet werden kann. Die Landtage mehrerer anderer Länder sind uns vorausgegangen; Steiermark wird nicht zurückbleiben, die Söhne der Steiermark haben auf blutigen Schlachtfeldern sich unter den Reihen der Tüchtigsten bewährt, auch ihre Vertreter werden auf dem parlamentarischen Kampfplatze nicht die Letzten sein (Bravo! Bravo!), wenn es sich um den großen Kampf für Freiheit und Recht handelt. Daher, meine Herren, schließen Sie sich einstimmig der Adresse an und wir wollen nur wünschen, daß sie am gehörigen Orte ihre Würdigung finden möge. (Beifall.)

Landeshauptmann: Herr Dr. Razlag hat das Wort.

Abg. Dr. Razlag (L. B. Giltl): Meine Herren! Im Septembermanifeste und im a. h. Patente vom 20. September 1865 ist ein großer Gedanke, u. z. d e r enthalten, daß die künftige Consolidirung des gesammten Oesterreichs auf Grundlage der Wahrheit, des Rechtes und der Gerechtigkeit, nicht aber auf Fiktionen und Vergewaltigungen zu basiren sei.

Diese große, vom a. h. Throne herab ausgesprochene Idee erfordert große Männer und erfordert auch eine entsprechende Zeit zu ihrer Realisirung, denn Treibhauspflanzen gedeihen nicht lange. Es ist nicht meine Aufgabe, zu fragen, ob die Männer der jetzigen Regierung ihrer Aufgabe gewachsen sind. Der Erfolg ist nicht gar so sehr ausgeblieben, wie die Adresse es uns besagen will. Denn trotzdem, daß das Ministerium Belcredi erst fünfviertel Jahre am Ruder ist, trotzdem ein gewaltiger und ungeahnter Krieg beinahe die Hälfte von Oesterreichs Landen überfluthet, brachte man es doch dahin, daß die Magyaren und Croaten die Gemeinsamkeit gewisser Interessen mit unserm engeren Vaterlande anerkennen, welche Gemeinsamkeit im Jahre 1861 und bisher weder in Pest noch in Ugram anerkannt wurde. Es haben deshalb der durch das Septembermanifest eröffneten Bahn der freien Vereinbarung alle Nationen zugejubelt, — mit Ausnahme Einer Partei, welche zweifellos einen bedeutenden Rückhalt haben mußte, ohne daß man jedoch sagen könnte, sie habe die ganze deutsche Bevölkerung Oesterreichs hinter sich; alle Nationen haben diese Idee acceptirt und haben ruhig gewartet, bis Ungarn und Croatien ihre Meinung bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten ausgesprochen haben würden. Meine Herren! wir Slaven Oesterreichs waren im Jahre 1865 nicht so sanguinisch, zu glauben, wir würden schon im Jahre 1866 die gemeinsamen Angelegenheiten diesseits der Leitha in Verhandlung nehmen können. Meine Herren! ich mache Sie diesbezüglich auf die slavische

Publicistik des vorigen Jahres aufmerksam, die Ihnen vielleicht weniger geläufig sein dürfte; dort werden Sie betont finden, daß vor 2—3 Jahren eine Berathung dieser für Oesterreich so hochwichtigen Frage nicht möglich sein werde. Wir sind erst im Jahre 1866; also wollen wir geduldig das Jahr 1867 abwarten, und wenn Gott, wie wir hoffen, Oesterreich erhält — denn Oesterreich ist noch nicht so zerfahren, wie es die Redner der ungarischen Beschlußpartei glauben machen wollten, um auf die Regierung eine Pressure zu üben — so wird Oesterreich gekräftigt aus dem Unglücke, das es getroffen hat, hervorgehen; wir wollen geduldig warten und mit der Regierung und mit jenen Parteien im Lande fortarbeiten, welche es ehrlieh mit Oesterreich meinen.

Sowohl die Adresse als auch der geehrte Herr Vordner führten an, daß durch die Sistirung des Februarpatentes „der Friede mit den Völkern auch dort entschwand, wo er bisher bestanden.“ Meine Herren! dies kann wohl auf Niemand Andern gemünzt sein als auf uns Slovenen in Innerösterreich, diesem alten Kerne des Kaiserreiches. Was verlangen aber wir Slovenen? Wir verlangen, daß uns das werde, was Sie, unsere deutschen Landesbrüder, Gottlob schon haben. Sie hatten es auch einmal nicht, Sie hatten die lateinische Sprache in Schule und Amt, es ist noch kein Jahrhundert. Sie haben es besser gefunden, dafür die heimische deutsche einzuführen; Sie haben deutsche Schulen, deutsche Beamten, Advocaten und Richter, kurz Alles ist bei Ihnen volksthümlich. Meine Herren! gerade das verlangen auch wir, nichts mehr und nichts weniger. Gott verhüte, daß wir je verlangen, daß Magyaren, Italiener oder Slovenen bei Ihnen Amt halten, ohne deutsch sprechen zu können. Wir verlangen bezüglich der Schulen so bedacht zu werden, wie Sie selbst schon in dieser Beziehung für sich bedacht sind. Ich glaube nicht, meine Herren! daß das eine Störung des Friedens ist. Ich kenne die allerdings kleine slovenische Literatur oder vielmehr den kulturhistorischen Standpunkt der Slovenen seit 30 Jahren so genau, daß ich beschwören könnte: es fällt uns nicht bei, in eine fremde Rechtssphäre einzugreifen.

Mit welchem Rechte man uns also die Insinuation der Friedensstörung hinschleudern konnte, ist mir unbegreiflich. Etwa weil wir uns dagegen sträuben, daß man uns kaum einige Straßen-Subventionen und gar keine Schulen während der ganzen sechsjährigen Landtags-Periode zukommen ließ? Ich muß mit Betrübniß aus dem Berichte des Landes-Ausschusses constatiren, ohne übrigens beleidigen zu wollen, daß einem einzigen Bezirke unweit Graz eine Straßen-Subvention von 8000 fl. gegeben wurde, während in Untersteiermark alle Subventionen zusammen nicht so viel betragen;

nebstbei kommt für letzteres eine vor mit 3000 fl., die nicht den Gemeinden, sondern zwei fremden Unternehmern zu Gute gekommen ist. Bezüglich der Sann- und der Pöls-Regulirung muß ich constatiren, daß die an das h. Haus gebrachten Berichte ausdrücklich sagen, es sei die Initiative der Bevölkerung abzuwarten, daher die Sache den Bezirksvertretungen abzutreten, welche sie eigentlich angeht; der Landes-Ausschuß wollte nicht einmal die nöthigen Erhebungen pflegen, um den Bezirksvertretungen allenfalls sagen zu können: „So beläufig wird sich das Project gestalten; erwägt, ob Euere materiellen Kräfte dazu ausreichen.“ Wir sind den Obersteirern durchaus nicht neidisch, daß man die Sannregulirung schon in Angriff genommen hat. Allein constatiren muß ich im Gegensatze zu dem eben Angeführten, daß der Landes-Ausschuß in seinem heurigen Berichte hervorhebt, jetzt nachträglich, nachdem schon bedeutendere Arbeiten unternommen sind, fange die Bevölkerung an, die Vortheile der Sannregulirung einzusehen und werde sich dieselbe zu Nutzen machen. Meine Herren, das ist doch ein doppelter Maßstab, den man gegenüber unserem Volke und gegenüber den Deutschen in Anwendung bringt.

In der Adresse heißt es: „Das Verfassungsrecht Ungarns sei vollständig wieder herzustellen.“ Meine Herren, dieses Verfassungsrecht Ungarns, dessen Herstellung Sie so warm und dringend fordern, bestand schon im Jahre 1848. Uns allen aber — denn wir sind keine Kinder mehr — ist die Geschichte jener Zeit eine traurige Erinnerung; wir alle haben noch die Beschlüsse von Debreczin in Erinnerung, wir kennen das Endresultat der Revolution; wir wissen, was Kroatien und Slavonien für das Reich damals geleistet haben, und nun wollen Sie zur Strafe dafür, daß sie vor dem Uebermuthe der Magyaren vielleicht auch uns diesseits der Leitha bewahrten, die Kroaten, die das nämliche Recht und die nämliche Verfassung haben wie die Magyaren, den Magyaren bedingungslos überliefern.

Der Dualismus ist schon seinem Wortlaute nach ein Streben und ein Trachten nach Zweien, und klar drückt es das deutsche Wort „Zwietracht“ oder „Zweitracht“ aus, daß er nie zur Eintracht führen wird.

Die Adresse sagt weiter, man hätte vielleicht die Sistirungs-Politik entschuldigen können, wenn sie nur einen Erfolg gehabt hätte. Meine Herren, man hört, wie sich die Leute überall sträuben gegen den Jesuitismus, und für einen jesuitischen Grundsatz pflegt man den auszugeben: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Bismarck ist es heuer gelungen, den Erfolg für sich zu bekommen; allein wir sitzen Gottlob noch lange nicht im Bismarck'schen Parlamente, so daß wir vom Erfolge die Güte

und die Gerechtigkeit einer Regierung abhängig machen dürften.

Weiter wird gesagt: „Die Sistrung wirkte verderblich für Reich und Krone.“ Aber meine Herren, es ist bekannt, daß gerade jene Länder vom Kriege heimgesucht wurden, in denen man — mit Ausnahme einer kleinen Partei — mit der Sistrungs-Politik sehr zufrieden war, ja derselben jubelte. Wir haben gesehen, mit welcher Anhänglichkeit das Volk in Böhmen die unsäglichen Qualen eines verheerenden Krieges ertrug; es ertrug sie, wie uns seine entwickelte Journalistik sagt, im Vertrauen auf eine bessere Zukunft, im Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Regierung, im Vertrauen auf die Vereinbarung mit allen Völkern, im Vertrauen, daß jeder sein Haus nach seinen Wünschen und Bedürfnissen wohnlich werde einrichten können.

Es heißt weiter, „daß der unselige Doppelkrieg dieses Jahres nur möglich wurde durch den Mangel an Voraussicht und die Mißgriffe jener Staatsmänner, welche zum Unheil für Reich und Thron an der Spitze der Regierung standen.“ „Ständen“, das ist so zweideutig gesagt; bis zu welchem Zeitpunkte standen? Nach der Wahl der vergangenen Zeit scheinen Sie die gegenwärtigen Minister auszunehmen.

Es ist Ihnen wie mir aus der deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte bekannt, daß seit dem Jahre 1815, daß schon durch die deutschen Bundeacte der Keim gelegt wurde zu jenem Conflict, den wir heuer leider auf Oesterreich's Boden auskämpfen sahen. Der Krieg hätte evart werden können, wenn man, ich will nicht sagen slavische — die Frage ist eine deutsche gewesen — wenn man vernünftige, einsichtsvolle deutsche Diplomaten an der Spitze der Geschäfte gehabt hätte zu einer Zeit, wo es noch nicht zu spät war. Zur Zeit der Berufung des Ministeriums Belcredi war es schon zu spät, und es konnte höchstens ein Palliativmittel für kurze Zeit angewendet werden; wir wissen Alle aus den Berichten vom Kriegsschauplatz, daß die Preußen schon vor Jahren Vorbereitungen zu diesem Feldzuge getroffen haben; gewiß ist also das Ministerium Belcredi an demselben gerade so unschuldig wie wir Alle, die wir uns hier befinden.

Dann heißt es weiter: „Oesterreich ward aus Deutschland, aus dem es hervorging und mit dem es ein Jahrtausend verbunden war, schmachvoll hinausgewiesen.“ Meine Herren, ich ehre das Nationalgefühl, das der Herr Vorredner so warm dargelegt hat, weil mein Grundsatz und der jedes wahren Slovenen ist: Liebe die eigene Nationalität und achte jede fremde. Allein es will ja keine außerdeutsche Nation in Oesterreich Ihnen alle jene Verbindungen, die Sie in Ihrem socialen, wissenschaftlichen oder handelspolitischen Interesse mit den außer-österreichischen Stammesbrüdern ein-

zugehen für nothwendig erachten werden, verkümmern, — natürlich werden aber auch wir derlei Verbindungen mit außer-österreichischen Staaten anstreben, wenn sie zufällig die gleiche Nationalität haben, und hier würden sie um so reger sein, weil es sich eben darum handelt, zu zeigen, welche Nation die moralische Kraft in sich habe, ihre Cultur, ohne zu künstlichen Zwangsmitteln greifen zu müssen, zu verbreiten. Allein Sie werden schon gestatten, daß die übrigen Völker Oesterreichs eine politische Verbindung mit Deutschland in so lange perhorresciren, als sie nicht die Gewißheit haben, daß es mit dieser Verbindung nicht so gehen werde, wie bisher.

Herr Dr. Nechbauer hat angeführt, daß auch die Slaven Oesterreichs conspiriren, daß sie sich konsolidiren und vereinigen wollen, z. B. die Böhmen in Böhmen, Mähren und Schlesien, die Slovenen und Dalmatiner mit Croatien. Er hat aber übersehen, daß das lauter österreichische Provinzen sind; diese Verbindungen halten also den Vergleich aus gegenüber jenen Verbindungen, die er uns angerathen hat; er sprach vom Auslande, während unter uns doch nur vom Inlande die Rede ist, und das, meine Herren, ist ein großer Unterschied. Wir haben nie gewünselt um politische Verbindungen in Belgrad, in Petersburg, in Warschau, Kiew oder Moskau.

Oesterreich wurde durch den letzten Krieg sich selbst zurückgegeben, und jetzt hat es seine Kräfte zu specifisch österreichischen Zwecken zu verwenden. Leider hat es dies im letzten Kriege nicht gethan, und vergebens sind aus allen Theilen des Reiches, selbst aus Siebenbürgen, warnende Stimmen erhoben worden, es möge kein Krieg angefangen werden für eine nicht specifisch österreichische Idee. Weiter hört man — es ist eine Floskel, die man so häufig in der deutschen Literatur, besonders in der Journalistik, findet — „Oesterreich ist eine deutsche Macht.“ Meine Herren! warum sagen Sie das so ungenirt? Es ist ja eine Beleidigung für jede andere Nationalität in Oesterreich, und es ist doch die slavische Nationalität nicht so gering, daß man sie übergehen könnte. Ist auch der slovenische Stamm klein, er umfaßt doch immerhin über Eine Million Seelen; es gibt auch noch Magyaren in Oesterreich, außer Sie sprechen bloß von den Ländern diesseits der Leitha und rechnen Ungarn schon zum Auslande. Ich sehe nicht ein, warum Sie uns, meine Herren, so den Fehdehandschuh hinwerfen und verlangen, daß wir vom Weiten schon davor den Hut abnehmen. Oesterreich ist eben kein deutsches, kein slavisches, kein magyarisches Reich, es ist ein österreichisches (Bravo! Bravo!) und deshalb wollen wir die Bruderhand reichen allen Völkern, um das Reich von dem Untergange zu bewahren in dem gefährvollen Augenblicke, wo ihm schon der Todtengesang von Pest herüberhallt.

In dem Passus der Adresse, der eine kräftige Gesamtvertretung der Länder diesseits der Leitha fordert, finde ich einen Widerspruch sowohl mit der Februarverfassung als mit der ausführbaren Wirklichkeit.

Die Februarverfassung enthält — die Herren wissen das besser als ich, da sie Gelegenheit hatten, die Februarverfassung im Reichsrathe zu studiren, normirt zwei Vertretungen, den engeren und den weiteren Reichsrath. Sagen Sie, Sie wollen blos die Gesamtvertretung der Länder diesseits der Leitha, so haben sie den weiteren Reichsrath und die Februarverfassung bereits aufgegeben.

Mein Herr Vorredner erwähnte aber, es handle sich um eine Gesamtverfassung des ganzen Reiches zur größeren Kräftigung desselben nach Innen und nach Außen. Wenn Sie nur den engeren Reichsrath verlangen, so kann mit Rücksicht auf die Deduction des Herrn Dr. Reichbauer einer Emendirung der Verfassung gar nicht mehr gedacht werden, aus dem Grunde, weil der engere Reichsrath nur aus den Ländern diesseits der Leitha beschiedt würde. Herr Dr. Reichbauer hat aber wohlweislich nicht alle Länder erwähnt, welche den Reichsrath schon beschiedt hatten. Die Siebenbürger waren auch im Reichsrathe. Es heißt in der Verfassungsurkunde, daß sie nur auf gesetzlichem Wege geändert werden kann; wenn nicht Alle da sind und von den Anwesenden nicht eine gewisse Zahl für die Verfassungsänderung stimmt, so kann deren Reformirung nicht erfolgen. Die Siebenbürger aber, scheint mir, beansprucht man ja nicht mehr, sie hat man ja nach Pest gewiesen.

Die Forderung, man solle den Ungarn sobald als möglich Alles hinwerfen, was sie im Jahre 1848 sich selbst genommen haben, brauchen wir wohl der Energie der Magyaren gegenüber nicht zu unterstützen, sonst drängen wir uns ihnen auf, und wir unterstützen jene Partei, welche kein österreichischer Patriotismus bei ihren Bestrebungen leitet. Sie sprechen, meine Herren, von den inneren Feinden. Dort, und wo man sehnsüchtige Blicke nach Neupreußen sendet, dort sind die inneren Feinde Oesterreichs.

Die Adresse erwähnt mit keiner Silbe einer Reichsvertretung für die gemeinsamen Angelegenheiten, welche doch Ungarn und Kroatien auch anerkennen. Voriges Jahr, als ich als Neuling hieher gekommen war, wurde mir der Vorwurf gemacht, ich hätte in einer Comité-Sitzung gesagt, ich sei weder Centralist noch Autonomist, ich sei Föderalist.

Meine Angabe war ganz verdreht worden; ich habe nämlich im Comité gesagt: „Für die gemeinsamen Angelegenheiten stehen wir Slaven ein, und für eine gemeinsame Reichsvertretung, und in der Hinsicht bin ich Centralist; alles übrige gehört der Länder-Autonomie, und in der Beziehung bin ich, glaube ich, Autonomist; ich

bitte nun zu beurtheilen, was für den Föderalisten übrig bleibt.“ Gerade diese Worte hat man im vorigen Jahre mir in entgegengesetzter Richtung entgegen geschleudert; ich habe nicht geantwortet, weil ich natürlich in Folge der maßlosen Angriffe, welche ich zu ertragen hatte, als Neuling nicht in der Lage war, sie zu entkräften. Allein ich wiederhole heute, wir Slovenen sind Centralisten in dem zuerst angegebenen Sinne und Autonomisten in dem zuletzt angegebenen Sinne.

Meine Herren, Sistrungen kommen in Oesterreich schon seit längerer Zeit vor. Die Februarverfassung ist nichts anderes als eine Sistrung des October-Diploms. Gehen wir aber weiter zurück. Nach dem unglücklichen Jahre 1848 begann Stadion im Jahre 1849 an der Consolidirung des ganzen Reiches zu arbeiten, wobei ihm alle berechtigten Factoren mit dem größten Vertrauen entgegen kamen.

Ich bitte, meine Herren, das Reichsgesetzblatt zur Hand zu nehmen, und Sie werden darin Geseze, Sie werden darin Wahlordnungen finden, von denen wir nur wünschen können, daß wir sie jetzt hätten. Wir haben eine großartige Gemeindeordnung aus dem Jahre 1859; sie trat gar nie in's Leben, sondern Schmerling ging wieder auf die Gemeindeordnung vom Jahre 1849 zurück.

Gewiß können wir, meine Herren, es dem seligen Stadion nachsagen, daß er die Consolidirung und Constituirung des Reiches in einer Weise in Angriff genommen hat, daß wir nach menschlicher Berechnung, wenn in dem Sinne fortgebaut worden wäre, uns wahrlich schon ganz in einem constitutionellen Staate befinden würden. Allein eine Wiener Clique sogenannter Liberaler, von der wir dieser Tage ausführliche Wiße gelesen haben, untergrub diesen begonnenen Bau und wir wissen Alle, wohin es diese Wiener Clique bis zum Jahre 1859 gebracht hatte. Im Jahre 1860 wurde wieder zum Behufe der Vereinigung aller Völker Oesterreichs eine Versammlung einberufen, und diese hat das Octoberdiplom zu Stande gebracht. Meine Herren, man mag darüber wickeln, wie man will, das steht moralisch fest, daß das Octoberdiplom auf Recht und Gerechtigkeit und auf der geschichtlichen Entwicklung Oesterreichs basirt ist. Das Octoberdiplom wurde aber sistirt durch die Februarverfassung, und Gottlob, nachdem es derselben Wiener Clique nicht gelungen ist, das Reich aus den Fugen zu bringen, wurde diese Sistrung abermals sistirt.

Nun konnte uns die Krone vertrauensvoll sagen: Baut Euch Euere Häuser selbst nach jenen Grundsätzen, welche Euch angenehm sind; dieß sind die wahren constitutionellen Grundsätze, und wir haben nur dem kaiserlichen Rufe zu folgen. Wenn Sie solche Experimente, wie sie in der Adresse vorgeschlagen sind, auf eigene Faust in Scene setzen wollen, so bitte ich wohl zu berücksichtigen, daß Sie, wenn wieder

ein Unglück über Oesterreich hereinbricht, dann auch unser Gut und Blut fordern werden.

Es ist aber ein Grundsatz der Staatsrechtslehre, den sich jedes Volk vergegenwärtigt: Nil de nobis sine nobis. Hier wird dagegen ganz klar herausgesagt, Oesterreich solle mit seinen deutschen Bewohnern allein den Staatsbau aufrichten. Sie ignoriren ja alle anderen Völker in Oesterreich, gerade so wie Sie die Gefälligkeit haben, alles slovenische in Steiermark zu ignoriren (Unruhe). Allein, meine Herren, derlei Fragen können heutzutage nimmer todgeschwiegen werden; die Frage unserer geistigen und materiellen Entwicklung ist nur noch eine Frage der Zeit.

Wir wollen daher besonnen und ernst festhalten an den Principien des Octoberdiploms und des September-Manifestes, und wir hoffen, daß aus der betretenen Bahn der freien Vereinbarung für uns bald die Bahn zur Freiheit erstehen wird. (Widerspruch links.)

Ich bin Ihnen noch eine Erklärung schuldig Namens des Volksstammes, dem ich angehöre. Wir verlangen einzig und allein, daß es uns möglich werde, in wahren Frieden und in wahrer Eintracht mit unsern deutschen Landesbrüdern zu leben und uns der Segnungen der Cultur mit ihnen zu erfreuen. (Bravo!) Ich bitte aber zu bedenken, daß wir heuer an die Grenzmarken Italiens gerückt wurden. Wer die geographische Lage kennt und wer es weiß, daß man in Florenz jetzt schon auf Triest, auf Görz, Istrien, Dalmatien und Theile von Krain speculirt; wer es weiß, daß im Falle eines Krieges dort und einer Revolution in Ungarn die verheerenden Kriegszüge gerade unsere Fluren verwüsten würden, der wird vielleicht unsern Wunsch und unser Streben nach einer kräftigeren Organisation zu würdigen wissen, nach einer Organisation, die uns nach innen die Entwicklung der Freiheit und der Cultur gestattet, nach außen aber uns stark hinstellt. Nur im Vereine mit den übrigen südslavischen Brüdern und mit den wackeren Tirolern können wir den bezeichneten Calamitäten getrost entgegensehen. Herr Dr. Rechbauer darf mir daher keinen Vorwurf daraus machen, daß ich in Agram bei der Trinitatsfeier war; Agram ist noch immer weder Leipzig, noch Stuttgart, noch Weimar, noch Frankfurt. (Beifall vom Publikum.)

Landeshauptmann: Ich bitte, das Publikum hat hier keine Stimme und ich ersuche dasselbe, sich jeder Kundgebung zu enthalten.

Abg. Dr. Razlag: Diese Feier hat eine tiefere, geistige Bedeutung. Unter dem tapferen Nicolaus Subić Trinyi haben unsere Vorfahren an der Seite der Ungarn, der Croaten und der Serben gegen die Osmanen gekämpft und haben hiedurch die Heeresmassen des Soliman von Wien abgehalten; heuer war die 300jährige Feier zur Erinnerung dieses Ereignisses und ich glaube, meine Herren,

Sie sollten meine Theilnahme an einer solchen Feier nicht mit scheelen Augen ansehen. Denn während unsere Stammesbrüder die Osmanen abgehalten haben von Oesterreich und Ungarn, konnten Sie sich hier ruhig der Segnungen des Friedens erfreuen. Wir gingen nun hin nach Agram, um uns dieser seligen Erinnerung zu freuen; wir gingen hin, um den Croaten und Serben zu sagen: Sollte wieder die Zeit kommen, wo wir Oesterreich gegen einen äußern Feind — nicht gegen einen innern Feind, es gibt keine inneren Feinde, meine Herren, sondern höchstens feindlich gestimmte Parteien — zu vertheidigen haben werden; so wollen wir wieder treu zusammenstehen; wir haben dort den geistigen Kampf und die Eventualität besprochen, die wieder eintreten könnte, daß es den Preußen, den Italienern, den Magyaren einfallen wollte, sich in unser Besitztum zu theilen.

Die Mehrzahl der Landtagsabgeordneten hat den Entwurf dieser Adresse, wie dieser Tage in den Journalen zu lesen war, bereits ihrem vollen Wortlaute nach genehmigt. Meine Herren! es ist parlamentarischer Usus, nicht nur daß man Mitglieder aus verschiedenen Parteien in das Comité wähle — darüber ist schon gesprochen worden — sondern auch, daß man in den Clubs nur über die Principien sich einige, nach denen gestimmt wird. Hier handelt es sich aber wesentlich um die Form, und wenn Sie schon nicht die Gründe der Gegenpartei — eine so winzige Partei wir auch sind, doch einer Partei — berücksichtigen, so kommt es mir doch komisch vor, daß Sie im Vorhinein mit Majorität beschloffen haben sollen, die Adresse genau, wie sie vorliegt, anzunehmen, sollten Sie auch vielleicht — ich will mir nicht schmeicheln, daß dies durch mich geschehe — hier und da eines Bessern belehrt werden. Indes, Sie scheinen sich für infallibel zu halten, ich bin der Meinung weniger.

Die Geschichte wird richten, wer es verhinderte, daß Oesterreich nicht sobald wie der Phönix verjüngt aus dem Feuer der Verfassungs-Wirren hervorgehen wird.

Landeshauptmann: Wünscht noch Jemand zu sprechen?

Der Herr Regierungs-Commissär hat das Wort.

Statthaltereirath Ritte v. Neupauer: Eine Adresse der Landes-Vertretung an den Monarchen über die Rückwirkung allgemeiner Einrichtungen auf das Wohl des Landes und über die Erlassung allgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse des Landes erheischen, ist der Ausdruck eines verfassungsmäßigen Rechtes der Landtage.

Der Regierung kann es nur erwünscht sein, den legalen Ausdruck der Wünsche und Anschauungen der Vertretungskörper der einzelnen Königreiche und Länder, namentlich in einem Momente zu vernehmen und

in seiner Gesamtheit zu würdigen, wo nach den Erschütterungen der jüngstvergangenen Zeit das Reich nach einer festen dauernden Gestaltung seiner staatsrechtlichen inneren Verhältnisse ringt.

Daß eine kritische Beurtheilung der Thätigkeit der Regierung hierbei nicht ausgeschlossen sein kann, ist selbstverständlich. Den Anspruch auf eine gerechte Würdigung wird sie aber nur dann stellen können, wenn sie bei Beurtheilung der Acte der Regierung allen Factoren und Ereignissen billige Rechnung trägt, die außerhalb der Machtsphäre jeder Regierung liegen, wenn sie nicht den Erfolg als einzigen Maßstab des Urtheiles, und zwar in einem Momente anlegt, wo in dem Gährungsproceße heterogener Anschauungen die Klärung noch nicht bis zur festen Gestaltung greifbarer Resultate gediehen sein kann, wenn sie endlich zu einer bestimmten Forderung führt, deren Erfüllung die Erreichung des angestrebten Zieles mindestens nach menschlicher Voraussicht mit größerer Wahrscheinlichkeit verbürgt, als es nach dem betretenen Wege geschehen könnte.

Ob der Inhalt der vorliegenden Adresse in allen Theilen diesen Forderungen entspricht, erlaube ich mir zu bezweifeln. Die Mitwelt ist überhaupt selten ein gerechter Beurtheiler weltgeschichtlicher Ereignisse.

Es liegt in der menschlichen Natur, aus der Summe der Ursachen tragischer Katastrophen diejenige als die allein bewegende zu bezeichnen, welche sich vorzugsweise im Gegensatz mit unserer Anschauungsweise befindet. Die Adresse stellt den Ausgleich des staatsrechtlichen Conflictes mit Ungarn als die dringendste Aufgabe der Regierung hin und macht derselben den vorsichtigen Vorgang in dieser Angelegenheit zum Vorwurf. Wie aber, wenn der von der Adresse empfohlene Weg eingeschlagen worden, und der Erfolg, das heißt der Ausgleich, der die Existenzbedingungen der Monarchie sicherstellen soll, dennoch ausgeblieben wäre, — würde dann diese oder die nächste Adresse des Landtages mit dem Maßstabe des Erfolges an der Hand nicht mit gleichem, ja vielleicht größerem Rechte der Regierung Mangel an Vorsicht und Voraussicht — dann aber wahrscheinlich zu spät — zum Vorwurf machen?

In dem in der Adresse ausgesprochenen Verlangen nach Herstellung verfassungsmäßiger Zustände in allen Theilen des Reiches begegnen sich die Wünsche des h. Landtages und der Regierung — sowie in dem Glauben an die ungebrochene Kraft der Völker Oesterreichs und die patriotische Hingebung ihrer Vertreter. Soll diese Kraft nicht zersplittert — soll diese Kraft nicht vergeudet — soll sie dienstbar werden dem Wohle des großen Ganzen — und dadurch dem Gedeihen und der Wohlfahrt der einzelnen Theile, so muß der versöhnende Geist, und wo dieser fehlt, mindestens die nüchterne Berechnung des kalten Verstandes und

der Trieb der Selbsterhaltung die Völker lehren, sich unter neuen Formen einzufügen in den großen Rahmen gemeinsamer Interessen, der, gefestigt mit dem Ritte dynastischer Anhänglichkeit, Jahrhunderte lang das alte Oesterreich zusammenhielt.

Landeshauptmann: Herr Dr. Josef v. Neupauer hat das Wort.

Abg. **Dr. v. Neupauer** (G.-G.-B.): Gestatten Sie, mir, meine Herren, als dem Antragsteller und Mitgliede des Sonder-Ausschusses nur wenige Worte.

Der Gegenstand, der eben verhandelt wird, ist ohne Zweifel der bedeutungsvollste dieser Session; es ist der wichtigste, der uns je in einer Landtagssession beschäftigen konnte, es ist die Existenzfrage des Reiches und daher auch die unseres engeren Heimatlandes. Sollte man nicht meinen, daß in diesem feierlich ernstern Momente Jeder von uns, dem das österreichische Bewußtsein noch nicht ganz abhanden gekommen ist, und in dem noch ein Funke von Patriotismus sich regt, allen anderen Wünschen und Bestrebungen Schweigen gebieten müsse, um nur das Eine große Ziel, die Rettung des Vaterlandes, in's Auge zu fassen? Ich bedaure, daß dies nicht geschehen, und ich möchte mir nur eine ganz kleine Bemerkung an die verehrten Herren Collegen mir gegenüber erlauben.

Wir hören von jener Seite fort und fort die Befürchtung der Germanisation. Ich möchte nun den Herren die Erwägung anheim geben, ob Ihre Taktik eine kluge, eine den thatsächlichen Verhältnissen angemessene ist, und ob Sie nicht gerade jetzt sich durch dieselbe ihren Committenten gegenüber eine große Verantwortlichkeit aufbürden.

Die Lage Oesterreichs ist eine andere geworden. Als Oesterreich noch eine Stellung in Deutschland hatte, da mögen vielleicht Ihre Besorgnisse der Germanisirung plausibel gewesen sein; nach Königgrätz aber und seitdem Oesterreich keine Stellung mehr in Deutschland hat, kann die Politik jeder Regierung doch nur dahin gerichtet sein, den Bestand des Reiches dadurch zu sichern, daß sie allen Nationalitätsansprüchen gerecht werde. Wenn die Herren an der Zerklüftung Oesterreichs fortarbeiten, wenn Sie den Zerlegungsproceß potenziren, sehen Sie denn die Gefahr nicht, daß sich der norddeutsche Eroberer, kühner und begehrlischer geworden durch seine ganz unerwarteten Erfolge, seine Erfolge noch weiter auszudehnen veranlaßt sehe, und daß Sie ihm zur Beute werden könnten? Dann, meine Herren, können Sie nicht nur, dann müssen Sie germanisirt werden. Wäre es da nicht besser, wenn Sie unseren Bestrebungen zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände die Hand böten und uns unterstützen? Erfreuen wir uns einmal wieder verfassungsmä-

figer Zustände, dann dürfte es an der Zeit sein, Verbesserungen derselben anzustreben.

Und nun ganz kurz zur Adresse selbst. Die beklagenswerthen Zustände auf allen Gebieten des inneren staatlichen Lebens, von denen die Landtagsfälle widerhallen, die unheilvollen Kriegereignisse und ihre Folgen, die mit dem schwachen Doppelfrieden noch nicht zum Abschlusse gekommen, die neuen Gefahren, die dem Reiche von mehr denn einer Seite drohen, — Sie finden sie mit mannhafter Offenheit, wie es einer Landesvertretung ziemt, in der Adresse geschildert. Sie finden aber noch mehr darin; Sie finden darin auch die Mittel und Wege der Abhilfe und Rettung angedeutet und dies mit eben so viel Freimuth, als mit aller der Krone schuldigen Rücksicht.

Möchte darum das ganze Haus sich erheben und durch diese einmüthige Manifestation einer Adresse Nachdruck verleihen, die der wärmste Patriotismus dictirt. (Bravo!)

Ich erlaube mir den Schluß der Debatte und die en bloc-Annahme der Adresse zu beantragen.

Landeshauptmann: Es wird der Schluß der Debatte beantragt.

Abg. Dr. Razlag: Darf ich um das Wort bitten? Ich glaube, ich habe noch das Recht, meinem ersten Herrn Vorredner zu erwidern; ich werde nicht fünf Minuten Ihre Geduld in Anspruch nehmen.

Landeshauptmann: Zuerst werde ich den Antrag auf Schluß der Debatte zur Abstimmung bringen, dann werde ich das h. Haus darüber befragen, ob es Ihnen das Wort gestattet.

Abg. Dr. Glubek: Ich stelle den Antrag, daß dem Herrn Dr. Razlag das Wort gegeben werde.

Landeshauptmann: Ich bitte, hierüber haben Sie keinen Antrag zu stellen, Herr Professor.

Ich bringe den Antrag auf Schluß der Debatte zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche für denselben sind, wollen sich erheben. (Geschicht). Es ist die Minorität.

Herr Dr. Razlag hat das Wort.

Abg. Dr. Razlag: Ich erlaube mir, was die Germanisirung anbelangt, meinem geehrten Herrn Vorredner zu erwidern, daß wir uns in Oesterreich, seitdem jene traurige Katastrophe vor sich gegangen ist, wirklich etwas weniger gefährdet sehen; allein, meine Herren, wir besorgen auch nicht die Germanisirung, wenn sie sich als Folge einer stärkeren Cultur ergeben wird. Mag es nun eine stärkere Cultur des deutschen Volkes, des italienischen Volkes oder des magharischen Volkes sein, hat sie nur ohne Gewaltthätigkeit uns abforbirt, so werden wir wirklich unserer Nationalität keine Thräne nachweinen, — sie wäre einfach nicht lebensfähig gewesen. Allein, meine Herren, jener gewaltsame Apparat, durch welchen wir germanisirt werden sollen, der uns aber

dadurch in geistiger und materieller Beziehung in jeder Förderung des Wohlstandes hemmt, dieser Apparat ist es, gegen den wir ankämpfen, — und, meine Herren, so viel Einsicht werden Sie uns doch zugestehen, daß wir die Absicht herausfinden, auch wenn dieselbe energisch geleugnet wird.

Bezüglich der Verbesserungen im Lande, die das Schulwesen betreffen u. s. w., kurzum was die geistige und materielle Cultur bedingt, können wir nicht erst auf das Zuwarten vertröstet werden. Meine Herren, Sie haben die Politik des Zuwartens, — wenn man das Kleine mit dem Großen vergleichen darf — verworfen, und Sie hatten das Recht hiezu und die Zustimmung aller Völker. Aber warum wollen Sie uns auf das Warten verweisen? Wenn Sie der Verhungerrnde um einen Bissen Brod ansieht, weil er weiß, daß er sonst nur noch einige Stunden zu leben hat, dann, meine Herren! wäre es wohl grausam, ihm diesen Bissen Brod zu versagen und ihn auf's Warten zu vertrösten. Sie verwenden den ganzen Landesfond — ich habe wenigstens im Präliminare nichts von Ersparungen gelesen — und zu diesem zahlen wir Slovenen, die wir $\frac{2}{5}$ der Bevölkerung ausmachen, wirklich eine erkleckliche Summe bei; Sie verwenden den ganzen Landesfond für deutsche Landes Zwecke; und das habe ich mir schon früher zu erwähnen erlaubt, wie wenig auf unseren Theil entfällt.

Das ist es, was ich sagen wollte.

Landeshauptmann: Herr Mosdorfer hat das Wort.

Abg. Mosdorfer. (Hartberg): Nach meiner unmaßgeblichen Meinung hätte die Adresse auch die Maxime der Regierung seit der Sistirung der Verfassung, Gesetze zu octroiren, mit Hinweisung auf gegebene Fälle stärker betonen und der Regierung das Staatsgrundgesetz, nach welchem Gesetze aufzuheben und abzuändern nicht in ihrer Willkühr liegt, in Erinnerung bringen sollen.

So meldet ein allgemein verbreitetes Gerücht, in Kürze werde eine neue Gerichts-Organisation erscheinen. Läßt dieses Gerücht die Interpretation zu, daß dieses Gesetz erst nach der Schlußfassung eines in Kürze einzuberufenden Reichsrathes die Sanction erhält, dann wollen wir dieses Gerücht mit Freude begrüßen; ich glaube aber kaum, daß uns diese Freude zu Theil werden wird.

Wie man allgemein spricht und hört, ist soeben die Regierung im Begriffe, mit zwei der in der Industrie vorgeschrittensten Länder Handelsverträge abzuschließen, nämlich mit England und Frankreich, und beide sollen bereits mit dem nächsten 1. Jänner in Wirkksamkeit treten.

Nach meinen Rechtsbegriffen sind in einem constitutionellen Staate Handels- und Zollverträge keine Prärogativen der Krone, sondern unterliegen als gemeinsame Angelegenheiten, sowie andere Gesetze, der Genehmigung des gesetz-

gebenden Körpers. Weit entfernt, mich in das Detail der Handelsverträge einzulassen, begnüge ich mich, die allgemein in der Presse hierüber ausgesprochenen Ansichten in wenigen Worten zusammenzufassen.

Für's Erste unterzieht sie die oberflächliche Behandlung der Stipulationen in den Berathungen ohne hinlängliche Enquetten von Sachmännern einer strengen Beurtheilung.

Zweitens bemerkt sie über den englischen Handelsvertrag und die Bedingungen desselben, daß Oesterreich beim Abschlusse der meisten seiner Verträge sehr bescheiden zu Werke geht; Oesterreich legt nämlich dem Gegentheile wenig oder gar keine Verpflichtung auf, sondern übernimmt sie selbst. England hat sich, wie man sagt, auch in diesem Vertrage die Hände frei erhalten, und für die für England günstigen Bedingungen, die Oesterreich einging, nicht die geringste Wechselseitigkeit eingeräumt. England predigt den Freihandel bei jenen Erzeugnissen, bezüglich deren es bei seinen unerschöpflichen und billigen Rohstoffen und der darin erreichten hohen Vollkommenheit keines Schutzes bedarf; Erzeugnisse hingegen, in denen es minder vorgeschritten ist und die der Concurrenz unterliegen, belegt es zum Nachtheile Oesterreichs mit einem Bolle von 50 bis 60 Procent.

Drittens stellt die Presse bei Eingehung niederer Werthzölle der Eisenindustrie Oesterreichs ein trauriges Prognostikon. Wie bekannt, ist kein Land so reich mit Steinkohlen und Erzen gesegnet, wie eben England; zudem kommt noch die glückliche Lagerung derselben, indem sie sich nicht weit voneinander befinden, wodurch die Transportspesen auf ein niedriges Maß herabgesetzt werden. England kann daher mit seinen billigen, unvergleichlichen und weit ausgedehnten Verkehrsmitteln etwaige Stockungen leicht benützen, um sein überflüssiges Eisen in immensem Exporte nach Oesterreich zu werfen.

Ich glaube auch, daß die Industriellen bezüglich des Abschlusses von Handels- und Zollverträgen zu unseren Vertretern mehr Vertrauen haben, als zur Regierung, weil sie überzeugt sind, daß unsere Vertreter sowohl im Interesse des Allgemeinen, als auch im Interesse der Industriellen die Verträge in eingehender Weise prüfen und erledigen werden. Wozu wählen aber die Völker Oesterreichs ihre Abgeordneten in die Landtage und aus den Landtagen in den Reichsrath, wenn letzterer in seiner Kraft und Thätigkeit gerade in den wichtigsten Functionen gehemmt und seinem Berufe durch eine Sistrungspolitik entzogen wird? Die Eingriffe der Regierung in die constitutionelle Gesetzgebung hätten meiner Meinung nach eine eigene und strenge Markirung in der Adresse zugelassen; ich stelle jedoch keinen Antrag und werde für die Adresse stimmen.

(Rufe: Schluß!)

Abg. Dr. Schreiner (Frohneiten): Nachdem das h. Haus vorhin den Schluß der Debatte bloß aus Rücksicht für Herrn Dr. Razlag abgelehnt hat, stelle ich nun den Antrag auf Schluß der Debatte.

Landeshauptmann: Es wird der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt; diejenigen Herren, welche ihn annehmen wollen, wollen sich erheben. (Geschicht.) Er ist angenommen.

Es hat sonach der Herr Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Dr. Moriz v. Kaiserfeld: Als ich vor einem Jahre an dieser Stelle die Befürchtungen und Besorgnisse aussprach, womit uns die Politik erfüllte, welche man seitdem als die Septemberpolitik zu bezeichnen sich gewöhnt hat, da hätte ich wohl nicht und Niemand gedacht, daß in so kurzer und rascher Zeit diese Befürchtungen und Besorgnisse nicht bloß erreicht, sondern in einem solchen Maße übertroffen werden sollten, und keine Phantasie wäre kühn genug gewesen, um an die tragischen Mißgeschicke hinzuzureichen, die seit jenem Augenblicke über Oesterreich hereingebrochen sind.

Die irrigen Handlungen der Regierung werden verhängnißvoll für Millionen und die Erkenntniß, wenn sie die Frucht einer verspäteten Erfahrung ist, ist nicht immer im Stande, wiederherzustellen, was der Irrthum an jener Stelle geschädigt, was er erschüttert und vielleicht vernichtet hat.

Da wird es dann das Los Derjenigen, welchen, wie uns, ein öffentlicher Auftrag geworden, daß sie in einem solchen Falle nicht schweigen dürfen, während sie doch, gälte es nur sie und nur sie allein, am allerliebsten vergessen würden. (Bravo!) In einem solchen Momente ist es unsere Aufgabe, nicht bloß auf die Wunden, welche dem Gemeinwesen geschlagen wurden, sondern auch darauf hinzuweisen, wie es denn kam, daß sie geschlagen werden konnten.

Diese Aufgabe mußte sich auch die Adresse stellen und es war natürlich, daß sie, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollte, zu einer Anklageschrift werden mußte. Die Adresse hat sich aber nicht diese Aufgabe allein gestellt; ich glaube ihr auch das Verdienst vindiciren zu müssen, daß sie nicht bloß beim Tadel stehen geblieben ist, sondern daß sie auch positiv angegeben hat, wie für die Zukunft dem Uebel zu steuern wäre?

Es kann nicht meine Sache sein, den Theil der Adresse hier weiter zu rechtfertigen, welcher sich eben mit dem Tadel beschäftigt. Es wird Ihnen, wie mir widerstreben, diesen Krieg gegen einen Gegner fortzusetzen, welchen meiner Ansicht nach schon die Erfolge seines Irrthums entwaffnet haben sollen.

Es scheint mir aber auch, daß nichts so sehr geeignet ist, die Fehlerhaftigkeit unserer Institutionen, und mehr als

dieses, die Fehlerhaftigkeit der Politik der Regierung zu illustriren, als dieser Adressensturm, der in so vielen Landtagen nur aus dem Grunde tosen kann, weil uns der Körper genommen wurde, vor welchem allein die Regierung Rede zu stehen hätte, und vor welchem sie sich auch rechtfertigen könnte. Die Opposition und die Leidenschaften, die sie weckt, scheinen mir ungefährlich in einem Parlamente, welches im vollen Besitze seiner constitutionellen Rechte ist; sie werden aber zur Gefahr, wenn sie aus 17 Landtagen zum Sturme blasen. (Bravo!)

Sinweg daher mit allen Recriminationen! Es ist ja, glaube ich, nicht das unsere Aufgabe: daß der Irrthum an den Personen seine Sühne finden soll; das Interesse, das die Gesellschaft in unsere Hände gelegt hat, besteht nur darin, zu sorgen, daß der Irrthum sich nicht wiederhole und nicht beharrlich sich fortsetze. Sinweg daher mit jeder Recrimination nach oben hin! Ich möchte mich aber auch nicht, so nahe gelegt die Veranlassung dazu wäre, auf ein anderes Gebiet verirren und dort den Zwiespalt vermehren und die Kluft erweitern, die ich geschlossen zu sehen wünsche. Der Moment, in dem ich spreche, ist mir zu feierlich. Das Vaterland ist in Gefahr und darum handelt es sich, es zu retten, nicht es noch mehr zu verderben. (Beifall.) So düster erscheint mir die Lage unseres Reiches, daß ich selbst nicht wissen kann, ob nicht am Saume meines Mundes die Geschicke Oesterreichs hängen, wenn mein Wort geflügelt hinausdringt aus dieses Saales Räumen.

Sinweg daher mit jeder Anschulldigung! Sinweg mit Allen, was Leidenschaften aufstacheln könnte, und es komme kein Wort des Hohnes oder Spottes, — so verdient er vielleicht auch wäre — und kein Wort des Unwillens oder menschlich-natürlicher Erregung über meine Lippen! (Bravo!)

Wenden wir uns vielmehr weg von der Vergangenheit und wenden wir uns der Zukunft zu. Sehen wir, ob es nicht denn doch vielleicht möglich ist, dieser Zukunft eine Lichtseite abzugewinnen; wenden wir uns der Zukunft zu und sehen wir, ob hinter den Wolken, welche ihren Horizont verdüstern, nicht denn doch vielleicht noch eine Sonne strahlt! —

Die Lage, in welcher Oesterreich durch das Unglück, das es getroffen hat, sich befindet, ist eine viel einfachere geworden; das hat schon einer der Borredner berührt. Die Politik, welche wir für die Zukunft zu gehen haben, ist klarer, ist bestimmter gezeichnet, und die Schule bitterer Leiden, welche die Völker in diesen letzten zwanzig Jahren durchgemacht haben, dürfte in ihnen auch die Erkenntniß vorbereitet haben, daß der Wirrwarr, welcher Oesterreich zerreißt und unter dessen Fortdauer Alles zu Grunde gehen müßte, daß dieser Wirrwarr endlich sich klären müsse. (Bravo!)

Lassen Sie mich bei diesem Gedanken verweilen.

Wir haben eine Provinz verloren. Ob Oesterreich durch diesen Verlust schwächer, ob es ärmer geworden ist, das möchte ich beinahe bezweifeln. Nicht der Verlust Venetiens, sondern das, wie wir es verloren, daß wir nicht längst die Unsicherheit und Unhaltbarkeit dieses Besitzes erkannten und daß wir nicht nach dieser Erkenntniß zu einer Zeit handelten, wo wir mit diesem Geringen Opfer das viel größere Unheil abgewendet hätten, — das ist es, was ich beklage.

Wenn irgend Jemand zu dem Ausrufe berechtigt war: „Je déteste les traités de 1815,“ so waren es gewiß die österreichischen Völker. Die Irrthümer dieser Verträge, die dynastische Selbstsucht und die diplomatische Rücksichtslosigkeit, die sie dictirten, haben wir mit unserem theuersten Blute, mit einer Milliarde unserer Staatsschuld, mit dem Bankerote unseres heutigen Staatswesens bezahlt. (Bravo! und Rufe: Sehr wahr!) Der Verlust Venetiens ist ein Pfahl, der aus unserem Fleische gezogen wurde, und die Wunde, die immer wieder aufbrach, ist jetzt geschlossen.

Es kann sich nicht mehr darum handeln, wie eine Provinz, welche der Verschmelzung mit dem österreichischen Kaiserstaate durch ein halbes Jahrhundert und unter allen Drangsalen, die ihr ihre unnatürliche Lage aufbürdete, mit Beharrlichkeit und Erfolg widerstand — ich sage, es kann nicht mehr die Frage sein, wie diese Provinz dem österreichischen Staatswesen und unserer Verfassung einzuverleiben sei; das, Gott sei Dank, kann uns nicht mehr verwirren.

Die Stellung, die wir gegenüber von Italien einzunehmen haben, ist von nun an eine klarere. Wir können nicht Italiens Feinde mehr sein, wir besitzen keinen italienischen Boden mehr. Die Stellung, die wir gegenüber Italien einzunehmen haben werden, kann nur durch unsere materiellen, durch unsere höchsten politischen Interessen dictirt sein und diese Interessen sind es, die einerseits uns den Frieden mit Italien wünschenswerth erscheinen lassen, andererseits uns diesen Frieden von Seite Italiens auch sichern.

Wir haben durch die Politik der Repression und der Gewalt, welche wir, so lange wir italienisches Land besaßen, einzuhalten gezwungen waren, der italienischen Sache, freisich gegen unsern Willen, einen großen Dienst erwiesen. Indem wir durch den Einfluß, welchen wir auf die italienischen Höfe nehmen mußten, den Italienern ihre fremden, ihnen aufgedrungenen Dynastien gründlich verleideten; indem wir dem kräftigen Königsgeschlechte von Savoyen, sozusagen, das Schwert für die italienische Einheit selbst in die Faust drückten, damit es durch die italienische Einheit und durch den Kampf um Italiens Freiheit das Königthum gegen den Mazzinismus und gegen die Revolution in Italien verteidige, haben wir für den endlichen Sieg der italienischen Einheit mehr gethan, als dem bourbonischen, dem

republikanischen und dem heutigen kaiserlichen Frankreich lieb war. Ist dieses gegen unseren Willen geschehen, so sind wir jetzt in einer Position, wo unsere Dienste positiv sein können.

Italien im Frieden mit uns und gestützt auf uns wird auch jene Vormundschaft und jene Abhängigkeit von sich zu werfen in die Lage kommen, in welche es nur gerieth, um sich gegen uns zur Wehre zu setzen. Und wenn es auch jenseits der Alpen in manchen Köpfen noch gährt, wie schäumender Most, und wenn dort extravagante Wünsche und extravagante Forderungen noch laut werden, so hoffe ich von dem zwingenden Zuge der Interessen, von dem Bedürfnisse des Friedens, von den mächtigen Einwirkungen täglich sich berührender Cultur und des Verkehrs, daß sich auch dort die Meinungen klären und läutern werden, und es wird wahrlich nur von einer glücklichen Constituirung Oesterreichs und davon, daß es seine Kraft nicht in unnützen Experimenten und mattherzigen Versuchen verschleudere und verzehre abhängen, daß österreichischer Boden auch österreichisch bleiben wird.

Ein schmerzlicherer Verlust hat uns getroffen durch die Ausscheidung aus Deutschland, schmerzlich insbesondere für uns, die wir Deutsche sind. Sie werden mir erlauben, daß ich mich auch zu diesen zähle, und wäre es auch nur — wenn etwa die neueste Geographie mir den Rechtstitel dazu absprechen wollte — als treuer, dankerfüllter Adoptivsohn. (Bravo! Bravo!)

Ich weiß sehr wohl und man hat mir nichts Neues damit gesagt, daß die deutsche Jeremiade nicht ganz auf die Schultern der gegenwärtigen Regierung geladen werden kann; ich weiß es, daß die Politik Oesterreichs in Deutschland eine fehlerhafte war, seit es einen Bund gab, daß die brüske militärische Diplomatie in den Jahren 1850 und 1851 vielleicht, wenn auch nur mittelbar, so doch vorzüglich die heutige Katastrophe herbeigeführt hat; allein ich bin der Meinung, daß, wie unglücklich der Gang der deutschen Politik und österreichischen Diplomatie war, es fast bis zum letzten Augenblicke immer noch Momente gegeben hat, in welchen, wenn man die unabänderlichen Verhältnisse in Deutschland und in Oesterreich im Auge gehabt hätte, es möglich gewesen wäre, die deutsche Frage in einer Weise zu lösen, welche Preußen, Oesterreich und das deutsche Volk zugleich befriedigt hätte und die nur die kleinen gekrönten Könige und ihre ehrgeizigen Minister unbefriedigt gelassen haben würde. Ja ich glaube sogar, daß, wenn man dieser Politik durchaus nicht folgen wollte, es selbst in dem Momente vor dem Kampfe noch möglich gewesen wäre, denselben anders zu wenden. Allerdings sind dazu ein feudales Ministerium und Haller-*Stahl'sche* Staatsideale nicht zu brauchen. Wer sich aber an die Spitze der Ideen

gestellt hätte, die im deutschen Volke in seiner tiefsten Tiefe ruhen und in ihm seit 1848 arbeiten, der hätte in ihnen das Mittel gefunden, jede Politik Bismarck's zu besiegen. Und eine Politik dieser Art wäre noch lange nicht so kühn und gewagt gewesen, als es die war, in schwingloser Resignation den Doppelkrieg zu beginnen, als es die war, dem Außerordentlichen, Verwegenen, nie Dagewesenen gegenüber kein anderes Mittel zu besitzen, als das abgestorbene Recht eines längst zu enge gewordenen Bestehenden, und zu glauben, daß in diesem die Kraft zum Widerstande und zum Siege liegen könne. (Bravo! und Rufe: Sehr gut!)

Es ist geschehen!

Wenn wir gegenwärtig beklagen, daß Preußen weniger durch seinen wahren deutschen Führerberuf, als vielmehr durch seine Vergrößerungssucht getrieben, zu wenig Mäßigung gezeigt hat; wenn wir bedauern, daß Graf Bismarck aus Widerstreben gegen das, was man die deutsche Demokratie zu nennen beliebt, das einzige nationale Werk, das des Frankfurter Parlamentes, von sich gewiesen hat; wenn wir über der Methode, mit der man die Einheit macht, für die Freiheit und für alle die großen politischen und idealen Vortheile fürchten, welche in der Bewahrung deutscher Stammeseigenthümlichkeit liegen, wenn wir die Zerissenheit und Unfertigkeit Deutschlands, wenn wir die Gefahren beklagen, welche vielleicht noch über Deutschland hereinbrechen können, — so gibt es doch eine Hoffnung, die mich nicht verläßt, und die ist die auf den Genius, der das deutsche Volk belebt und der den Widerstreit abschließen wird in deutschem Geiste und mit Erreichung des längst ersehnten Zieles!

Damit aber das deutsche Volk das könne, damit es in der schweren Arbeit seiner Wiedergeburt nicht die unrechten Wege wieder betrete, oder aber in Labyrinth gerathe, aus welchen wieder nur der Bürgerkrieg den Ausweg finden könnte, dürfen wir in den Proceß, der sich in Deutschland vollzieht, nicht störend eingreifen. (Bravo!) Jeder Groll, wie menschlich berechtigt er auch wäre, werde daher vergessen, keiner Intrigue werde Raum gegeben, keine falschen Hoffnungen werden genährt, kein Widerstand werde hervorgerufen oder begünstigt, und vor allem Anderen, kein verrätherisches Bündniß werde zu schließen gestattet, mit dessen Hilfe wir etwa unsere Stellung wieder zu erringen suchen wollten und das nur Preußen in die Arme eines anderen Bundesgenossen treiben würde, unter dessen Streichen wir diesmal vielleicht erliegen dürften. (Bravo! Rufe: Sehr gut!)

Wir sind staatsrechtlich aus Deutschland ausgeschieden; die Macht, die rohe Gewalt der Waffen haben den Sieg über das Recht des deutschen Volkes davongetragen. Ertragen wir aber mit männlicher Fassung die

sen Entscheid des Geschickes. Wenn es für uns ein schmerzliches Opfer ist, so möge uns das Eine trösten: wir sind dieses Opfer zu bringen unseren deutschen Brüdern schuldig. In dem völkerrechtlichen Verkehre, in der nationalen und in der Cultur-Berührung mit dem deutschen Volke, welche dasselbe um so wärmer, um so inniger, um so constanter pflegen wird, je weniger es mehr von uns für seine Einheit zu fürchten hat, werden wir manchen Ersatz finden. Deutschland wird und kann dann nicht vergessen, daß in Oesterreich acht Millionen seines Stammes leben, und das geeinte, das mächtige, das in Europa angesehene Deutschland, das wahrlich wird den Deutsch-Oesterreichern in der Erfüllung ihrer Aufgabe eine größere, eine festere und sicherere Stütze sein, als es das Deutschland des Bundes je sein konnte. (Bravo! Bravo!)

Wenden wir uns daher Oesterreich zu. Oesterreich ist auch ein deutsches Interesse. Daß dieses Reich nicht zerfalle, daß seine Trümmer nicht die Beute oder die Vasallenstaaten eines anderen Reiches werden, daß nicht im Osten und Westen zwischen zwei militärischen Kolossen eingeschlossen zuerst wir und dann vielleicht Deutschland untergehen, daß Europa vom Belt bis Messina frei bleibe, — das ist die Bedeutung, welche Oesterreich für Europa und Deutschland hat, — eine Bedeutung, die dem Bewußtsein nur zu einer Zeit abhandeln kommen konnte, wo eine machtiavellistische Politik über den Vortheilen eines Augenblickes und über der Aureizung des Ehrgeizes den freien Blick in die Zukunft trübte.

In diesem Oesterreich aber gebührt uns Deutschen eine erste Rolle. — Ich kenne keinen Staat, der nicht auf einer nationalen Führerschaft beruhte; — und diese Führerschaft wenigstens diesseits der Leitha steht uns Deutschen zu, nicht etwa durch die Macht der Bildung — ich glaube, die Deutschen weder in Oesterreich noch irgendwo können sich zu Vergleichen und Parallelen zwischen ihrer und Anderer Bildung herausgefordert fühlen — nicht durch die Macht des Capitals und der Arbeit; aber vor Allem durch die Ausdehnung und die Weltbedeutung unseres Volkes, vor Allem durch die Sprache, das unumgänglich notwendige Verständigungsmittel, wenn es einen Staat geben soll, das unumgänglich notwendige Verständigungsmittel für jede Regierung, für jede Gesetzgebung, für Recht und Freiheit in der Culturbedeutung dieses Wortes.

Wenn wir daher Frieden mit Deutschland haben wollen, so liegt darin nichts, was nicht auch zugleich österreichisches Interesse wäre; und wenn wir sagen, wir wollen die Stellung in Oesterreich einnehmen, die uns vermöge der Größe und vermöge der Weltbedeutung unseres Volkes gebührt, so liegt darin gar nichts, was die anderen Nationalitäten mit Furcht oder Mißtrauen erfüllen könnte; denn ich sehe hin-

zu, der Deutsche in Oesterreich will Oesterreich; wenn er Oesterreich will, so kann er nicht etwas wollen, was Oesterreich auseinander treiben würde, so kann er nicht eine Unterdrückung wollen; (Bravo! und Rufe: Sehr gut!) sein Wille kann nur dahin gehen, daß seine Stellung so weit zur Geltung komme, daß es ein Oesterreich geben kann.

Ich sage ferner, der Deutschösterreicher werde seine Pflichten gegen Oesterreich erfüllen, und zu diesen Pflichten gehört der Friede, und der Friede verrät sich nicht mit der Unterdrückung.

Ich sehe daher nichts, was in der Stellung, die uns naturnothwendig zukommen muß, wenn nicht überhaupt Oesterreich aufhören soll zu existiren, Beunruhigendes oder Beleidigendes für Andere liegen könnte.

Aber freilich, wenn man uns unsere Stellung in Oesterreich vergällte; wenn man Staatsidealen nachjagte und zu verwirklichen versuchte, welche die Deutschen in Oesterreich auseinander rissen, Minoritäten derselben der gewaltsamen Entnationalisirung durch Majoritäten preisgegeben würden; wenn dieses Oesterreich nicht aufhören könnte, das Spiegelbild des babylonischen Thurmbauses zusein, das es heute ist und seit dem 20. September in höherem Maße wurde (Bravo! und Rufe: Sehr wahr!) wenn wir in Oesterreich den Frieden nicht finden könnten, wenn wir hier die Garantien des Fortschrittes, wenn wir die Bedingungen der Freiheit und des Wohlstandes immer missen würden, — dann allerdings würden auch wir einem Staatswesen den Rücken kehren, das nicht den Namen eines Staatswesens verdient, in welchem wir nur unglücklich sein könnten; dann würde uns der Zerfall des Reiches mit Gleichgiltigkeit erfüllen; doch, was sage ich, mehr, mit Freude würden wir ihn begrüßen, denn wir würden in einer solchen Katastrophe den Moment erblicken, der uns die Bleisohlen von den Füßen streifte, die uns an jeder Bewegung hindern; wir würden in einer solchen Katastrophe den Moment erblicken, der uns befreite aus einer Lage, die unerträglich ward. (Bravo! Bravo!)

Wir wollen also den Frieden ehrlich und offen mit aller Welt. Werden wir ihn haben? Oesterreich hat seine Großmachtstellung, so lange es im Glücke sich befunden, zu sehr mißbraucht gegenüber der Freiheit der Völker und der Unabhängigkeit anderer Mächte, als daß sich heute schon alle die Abneigungen, die es erweckt hatte, in Sympathien hätten verwandeln können; der Besitz Oesterreichs erregt so viel Ehrgeiz und durchkreuzt so viele Interessen; der Schwache hat so wenig Anspruch auf Schonung und darauf, daß man ihm die Zeit lassen werde, sich zu sammeln; das Unfertige, das Unruhige, das Unstete unserer inneren Zustände wird so sehr eine Gefahr für die Ruhe Europa's, daß wir nicht wissen können, wie lange wir den Frieden ha-

ben werden. Aber, entsetzlicher Gedanke! wenn wir im Innern nicht geeinigt wären, wenn die Fundamente nicht gegraben, wenn das Gebäude noch nicht festgestellt wäre und wir würden schon wieder von einem neuen Sturme erfaßt!

Wenn ich auf diesen Theil meiner Rede komme, so werden Sie wohl Alle denken und Alle wissen, daß ich nur Eines im Auge haben kann, und das ist der Friede mit Ungarn. Der Friede mit Ungarn! Ja, meine Herren, das ist die Frage vom Sein oder Nichtsein, die dem Reiche gestellt ist. (Beifall und Rufe: Sehr wahr.) Lösen Sie diese Frage, schließen Sie Frieden mit Ungarn und alle anderen Fragen lösen sich von selbst.

Ich kann mich nicht in eine Darstellung dessen einlassen, wie? ich glaube, daß dieser Friede geschlossen werden soll, und die Adresse ist auch denselben Weg gegangen. Es ist nicht an dem Landtage, zu sagen, wie dieser Frieden geschlossen werden soll, sondern nur, daß er rasch geschlossen werden möchte, damit auch Oesterreich rasch sich wieder erhebe. Nichts drängt den Landtag, eine Frage zu beantworten, die er vielleicht nie zu beantworten haben wird.

Zwei allgemeinere Momente möchte ich hervorheben.

Es mag ein Vorzug mancher Länder sein, daß sie ihre geographische Lage, oder aber eine völkerrrechtlich garantierte Neutralität, oder aber die Eifersucht der Mächte der Pflichten eines Großstaates entheben, während ihnen alle diese Umstände doch den staatlichen Bestand und die Vortheile staatlicher Beziehungen gewähren. Oesterreich ist nicht in dieser Lage; Oesterreich muß eine Großmacht sein oder es muß aufhören, zu bestehen. Oesterreich wird aber eine Großmacht vor Allem nur durch den Besitz von Ungarn. Dieser Besitz vervollständigt das Gewicht, das Oesterreich im Staatensysteme Europa's einnimmt und dieser Besitz gibt ihm in diesem Systeme eine der ersten Stimmen.

Daher ist der Besitz Ungarns für Oesterreich so werthvoll, aber er ist es nur, wenn er unter Bedingungen besteht, welche die Entwicklung und die Entfaltung seiner Kräfte gestatten, und er hört auf ein werthvoller Besitz zu sein und wird ebenfalls eine Wunde an diesem Staatskörper von dem Augenblicke an, wo diese Bedingungen nicht eintreten, wo der Widerstand sich erhebt und wo alle Kräfte in dem gegenseitigen Kampfe sich aufzehren.

Wie aber für uns Ungarn ein werthvoller Besitz ist, so ist Ungarns Interesse und seine Existenz nach meiner Ansicht auch an die Großmachtsstellung Oesterreichs gebunden. Durch Ungarn hängen wir mit dem Oriente zusammen; die Ziele, die dort verfolgt werden, die Interessen, die dort sich durchkreuzen, und der Conflict, der früher oder später doch dort ausgekämpft werden muß, weisen Ungarn auf

Oesterreich an; denn das isolirte, das von Oesterreich getrennte Ungarn würde in dieses Kampfes Chaos wahrscheinlich verschwinden, und, um mich mit Deak's schönen Worten auszudrücken: „Es wäre ein Sterben ohne Auferstehung“

Daß daher Oesterreich eine Großmacht bleibe, daß es in jedem Augenblicke in der Lage sei, seine Großmachtsstellung zur Geltung zu bringen, daß ihm in keinem Augenblicke die Mittel dazu fehlen, daß in irgend einem staatlichen Conflict, von welchem vielleicht Ungarn eher noch betroffen werden könnte als wir, nicht zur Gefahr von außen auch die noch viel größere der Zersetzung im Innern komme, — das, meine Herren, ist ein Interesse, das man in Ungarn vielleicht in entschuldbarer Mißstimmung hin und wieder verkennen will, das aber der echte, die Verhältnisse erwägende, in die Zukunft blickende Patriotismus gewiß nicht verkennen wird, und nichts gibt uns ein Recht zu glauben, daß dieser Patriotismus nicht endlich doch den Sieg davontragen werde, wenn ihn die Regierung, wenn wir ihn daran nicht hindern. (Bravo! Rufe: Sehr gut!)

Einen zweiten Gesichtspunkt stelle ich mir mit der Frage: Haben wir denn ein Interesse daran, daß wir den Kreis gemeinsamer Angelegenheiten so groß wie möglich ziehen, oder ist es nicht vielleicht gerade unser innerstes Interesse, den Kreis der gemeinsamen Angelegenheiten nicht weiter, als bis zu jenen Bedingungen auszudehnen, von denen ich vorher gesprochen habe, und die es möglich machen, daß Oesterreich eine Großmacht bleibe? Wenn ich mir diese beiden Fragen beantworten will, dann stehe ich nicht an, zu erklären: Unser innerstes Interesse fordert von uns, daß wir den Kreis der gemeinsamen Angelegenheiten auf das Nothwendigste und auf das Unerläßlichste beschränken. Ich schicke zwei Sätze voraus, die ich nur ganz kurz anzudeuten brauche, weil mein Freund Rechbauer dieselben bereits ebenfalls ausgesprochen hat.

Auch ich halte an der Februarverfassung fest, so lange bis sie nicht im verfassungsmäßigen Wege abgeändert ist, aber ich will, daß sie geändert werde. (Bravo!) Das Zweite, was ich sagen will, ist: Ich gönne dem Absolutismus keinen Winkel, in welchem er sich wieder einnisten könnte; der Absolutismus hat dieses Reich und — wie paradox es auch scheinen möge — den Fürsten, der es beherrscht, zu sehr geschädigt. Von jedem Winkel aus, der demselben gegönnt wird, wird er naturgemäß wieder nach Erweiterung seiner Macht streben. Wohin dieser Satz mich persönlich in Bezug auf die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten führen muß, das, glaube ich, brauche ich doch nicht mehr zu erklären.

„Nur ein constitutionelles Oesterreich oder keines mehr!“ Das erlaubte ich mir einst auszusprechen und ich glaube, in

diesem Satze gipfelt die ganze Zukunft Oesterreichs. Ein Staat, der aber eine europäische Großmachtstellung einnehmen und der gleichzeitig auch constitutionell regiert sein will, der kann diese beiden Bedingungen nur dann erfüllen, wenn er entweder auf einer homogenen Nationalität beruht oder wenn er wenigstens in sich eine Nationalität trägt, welcher die politische und diplomatische Führerschaft unbestritten gegeben ist. Ich kenne keinen europäischen Staat als Großmacht, ja ich kenne selbst keinen Staat zweiten Ranges, der nicht auf nationaler Grundlage beruht; selbst Nordamerika hat sein Uebergewicht nach außen nur dem politischen Uebergewichte der englischen Race zu danken. Wenn Sie nun annehmen ein Parlament in Oesterreich mit der vollen Competenz in allen Zweigen der Gesetzgebung, der freiheitlichen wie der finanziellen, oder auch nur ein Parlament mit der Competenz des weiteren Reichsrathes des Februar-Patentes, welche Erscheinungen werden sich Ihnen zeigen?

In einem solchen Parlamente gibt es nur nationale Parteien; in einem solchen Parlamente gibt es keine politischen Parteien, es gibt keine Majorität einer politischen Partei mit dauernden Grundsätzen; es gibt und wird nie mit einem solchen Parlamente eine parlamentarische Regierung geben; und je klarer es sich herausstellen wird, daß dem Deutschen die politische Führerschaft gebührt und daß ihm diese Hegemonie gestattet werden müsse, mit um so größerer Erbitterung werden sich alle übrigen Stämme gegen die Deutschen vereinigen. Nehmen Sie nun noch dazu den primitiven Zustand vieler unserer Völker, die Gefahren für die Freiheit, welche gerade in diesem Zustande der Rohheit liegen, nehmen Sie die Mittel, welche einer Regierung zu Gebote stehen, die Mittel der Corruption und die Mittel der Macht, und Sie werden mir zugeben, der Minister, der mit diesem Reichsrath nicht Alles macht, was er will, der müßte ein elender Stümper sein (Rufe: Sehr gut!); und das Schlimmste an der Sache ist, daß jeder Minister so handeln müßte, will er nicht, daß das Reich durch diesen Reichsrath zu Grunde ginge! Den § 13 hat nicht die Reactionslust, sondern die Naturenthwendigkeit in unsere Verfassung hineindicirt, und es gibt keine Thatfache, die so entscheidend für die Unmöglichkeit eines Centralparlamentes mit weitgehender Competenz ist, als die, daß es nur des Eintrittes der Ungarn bedurft hätte, um die Februarverfassung und überhaupt jede Verfassung in die Luft zu sprengen. (Rufe: Sehr wahr!)

Die Garantien der politischen Freiheit und einer parlamentarischen Regierung liegen daher in Oesterreich anders wo, sie liegen im engeren Reichsrathe diesseits der Leitha, und in dem Landtage für die Länder der ungarischen Krone. Stärken wir daher diese Institutionen und wir wer-

den für die Freiheit und das constitutionelle Recht wahrscheinlich besser, für den Bestand des Staates gewiß nicht schlechter gesorgt haben.

Der Dualismus ist allerdings eine Form, die nicht einen Staat macht; doch wird in der Ausführung die Nothwendigkeit Vieles mildern. Immer aber wird der Dualismus mehr Kraft und mehr Garantie bieten, als der Pluralismus (Rufe: Sehr richtig!), und wenn der Dualismus „Zwiespalt“ ist, so weiß ich nicht, wie ich den Pluralismus anderes nennen soll als etwa „Vielspalt“. (Bravo! und Rufe: Sehr gut!)

„Das Unglück lastet schwer auf diesem Reiche“, sagt die Adresse, und in der That, so abspannend, so entnervend hat dasselbe auf uns gewirkt, so tief hat sich der Pessimismus eingemischt, daß selbst die eigenen Bürger des Staates an seinem Bestande und an der Möglichkeit seiner Zukunft zweifeln. Es mag Momente geben, wo der Verstand in unserem Wirrsale keinen Ausweg mehr sieht, und wo es gerade das patriotischste Herz wie Untergang erfasst. Aber, meine Herren, wer in diesem Saale seinen Platz genommen hat, der darf solchen Gefühlen keine Herrschaft über sich einräumen. Das Recht, das er übt, und die Würde, die er bekleidet, schließen Hoffnung und Zuversicht so lange in sich ein, als er dieses Recht besitzt und diese Würde bekleidet. (Rufe: Sehr gut!)

Das Glück trennt häufig den Fürsten von seinen Völkern, das Unglück führt sie zusammen im gemeinsamen Streben der Rettung. Nil desperandum! Fördern wir nichts, was unrecht wäre und streben wir nur das an, was möglich und erreichbar ist, und wir werden keinen Grund haben, zu verzagen. (Beifall.)

Landeshauptmann: Es ist in formeller Beziehung der Antrag auf en bloc-Annahme der Adresse gestellt. In dieser Hinsicht kann noch eine Debatte stattfinden und können Anträge gestellt werden. Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bringe ich den Antrag auf en bloc-Annahme zur Abstimmung.

Diejenigen Herren, welche dafür sind, die Adresse en bloc anzunehmen, wollen sich erheben. (Geschieht.) Sie ist angenommen.

Es ist somit, da die Adresse mit zahlreicher Majorität angenommen worden ist, dieser Gegenstand erledigt.

Abg. **Dr. Razlag:** Ich bitte um das Wort. —

In meinem und im Namen des Herrn Abg. Herman erlaube ich mir auf Grund des §. 39 der Geschäftsordnung unser Separatvotum zu Protokoll zu geben, des Inhalts:

„Die Gefertigten können der ohne Mitwirkung der Slovenen Steiermarks zu Stande gekommenen Adresse, namentlich den Behauptungen über die dort angeführten Folgen des kaiserlichen Patentes vom 20. September 1865 —

ferners dem Begehren zum Verlassen des mit selbem betretenen Weges zur Lösung der staatsrechtlichen Fragen — weiters dem Verlangen nach einer Gesamtvertretung der Länder diesseits der Leitha, endlich der Nichtbetonung der gemeinsamen constitutionellen Behandlung der gesamtstaatlichen Angelegenheiten nicht beistimmen, und geben ihr diesfälliges Separatvotum zu Protokoll.“

Landeshauptmann: Es wird in das Protokoll der heutigen Sitzung wortgetreu aufgenommen werden.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Sonderausschusses, betreffend die Errichtung einer Landes-Zwangsarbeitsanstalt. (Rufe: Schluß!) Es wird der Schluß der Sitzung beantragt; diejenigen Herren, welche für denselben sind, wollen sich erheben. (Geschicht.) Er ist angenommen.

Abg. Dr. Moriz v. Kaiserfeld: Es ist ja über die Adresse selbst noch nicht abgestimmt.

Landeshauptmann: Sie ist bereits angenommen; ich habe ausdrücklich gesagt: „Diejenigen Herren, welche dafür sind, die Adresse en bloc anzunehmen, wollen sich erheben“ und habe erklärt, daß dieselbe mit zahlreicher Majorität angenommen ist. Ich kann dem noch beifügen, daß sich fast die ganze Versammlung, mit sehr wenigen Ausnahmen, erhoben hat.

Der Schluß der Sitzung ist angenommen; ich habe daher nur mehr den Tag der nächsten Sitzung und die

Tagesordnung zu bestimmen. Die nächste Sitzung findet übermorgen Mittwoch den 12. d. M. 10 Uhr Vormittags statt.

Tagesordnung:

1. Die Begründung des Antrages des Herrn Dr. Hubel;
 2. der Bericht des Sonder-Ausschusses, betreffend die Errichtung eines Landes-Zwangsarbeitshauses; — da die Erledigung dieses Berichtes für den Finanz-Ausschuß wünschenswerth erscheint, so setze ich diesen Gegenstand vorerst auf die Tagesordnung;
 3. der Bericht des Ausschusses, betreffend die Wahlordnung für die Stadt Graz;
 4. der Bericht bezüglich der Aenderungen der Landtags-Wahlordnung;
 5. der Bericht des Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung einer Landes-Ackerbauschule;
 6. der Bericht des Ausschusses über die Vorlage des Landes-Ausschusses, betreffend das Wasserrechts-Gesetz, endlich
 7. eventuell: Berichte des Petitions-Ausschusses.
- Ist noch etwas zu bemerken? (Niemand meldet sich zum Worte.)
- Ich erkläre die heutige Sitzung für geschlossen.
(Schluß der Sitzung 1 Uhr 15 Minuten.)